



**Analytischer Bericht**  
der Gemeinderatssitzungen  
**Compte rendu analytique**  
des séances du conseil communal

No 3/2024

Sitzungen vom / Séance du 14.06.2024



VILLE DE  
LUXEMBOURG  
[www.vdl.lu](http://www.vdl.lu)



multiplicity



# TAGESORDNUNG

## der Sitzung vom Freitag, dem 14. Juni 2024

### IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

I.	Fragen der Gemeinderäte	247
1)	Frage von Rätin Oberweis über die fehlende Anbindung mancher Privatbusse an das Echtzeit-Verkehrssystem der städtischen Busse	247
2)	Frage von Rat Weidig über die „Zeltstadt“ im Pfaffenthal	247
3)	Dringliche Frage von Rat Benoy über die <i>Police municipale</i>	247
4)	Frage von Rat Weidig über die Fahrradbrücke Cents-Weimershof	248
5)	Dringliche Frage von Rätin Miltgen über den ING-Marathon	248
6)	Dringliche Frage von Rätin Brömmel über das Schulfoyer in Hamm	249
II.	Schulorganisation 2024-2025 – Antworten des Schöffenrates auf die Interventionen der Gemeinderäte	249
1)	„Motion für eine effektive Verkehrsberuhigung vor den Schulen der Stadt Luxemburg“	256
2)	„Motion für die Erlangung von Daten über die Unterrichtsleistung der Grundschulen in der Stadt Luxemburg“	256
3)	„Motion zur Verbesserung des Arbeitsumfelds und der Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und den städtischen Diensten in den Vierteln der Stadt Luxemburg“	256
III.	Verkehr	257
IV.	Konvention	257
V.	„Motion für den Erwerb und die Nutzung von Chip-Lesegeräten zur Identifizierung von Katzen und Hunden, die von Mitarbeitern der Stadt Luxemburg aufgefunden wurden“	258
VI.	Gerichtsangelegenheiten	259
VII.	Außerordentliche Subsidien	260
VIII.	Schaffung / Streichung von Posten	260

**IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG**

IX.	Beratende Kommissionen: Ersetzung von Mitgliedern	261
X.	Zivilhospize: Personalangelegenheiten	261
XI.	Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg	261

Zum Livestream-Archiv  
der Sitzungen des  
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

### In öffentlicher Sitzung

## I. FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

### 1) Frage von Rätin Oberweis über die fehlende Anbindung mancher Privatbusse an das Echtzeit-Verkehrssystem der städtischen Busse

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Ein großer Teil der Busse, die auf dem Netz der AVL (Autobus de la Ville de Luxembourg) verkehren, werden von Privatunternehmen betrieben. Da manche Busse nicht mit dem Echtzeit-Verkehrssystem der Stadt verbunden sind, sehen die Fahrgäste auf den Anzeigetafeln an den Haltestellen nicht das gesamte Busangebot. Darüber hinaus werden die betreffenden Busse, sobald sie Verspätung haben, nicht mehr auf den Anzeigetafeln angezeigt.

Welcher Anteil der Fahrten auf dem städtischen Busnetz wird derzeit von privaten Busunternehmen durchgeführt und wie hat sich dieser Anteil in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Welcher Anteil dieser privaten Busse ist nicht an das Echtzeit-Busverkehrssystem der Stadt angeschlossen? Was gedenkt der Schöffenrat zu unternehmen, um dieses unannehmbare Informationsdefizit für die Fahrgäste zu beheben?

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Wir vergeben einen großen Teil der Linien im Busnetz der Stadt Luxemburg an Subunternehmer. Die normalen Linien (d.h. ohne Schulbusse und *City Night Bus*) werden zu 68 Prozent von privaten Busfirmen gefahren und zu 32 Prozent von den städtischen Bussen. Dieser Prozentsatz hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert.

Die privaten Busfirmen sind vertraglich verpflichtet, ihre Busse mit dem Telematik-System (*système d'aide à l'exploitation* – SAE), das die Anzeige der Abfahrtszeiten in Echtzeit an den Haltestellen erlaubt, auszustatten. Darüber hinaus müssen die Busse in den „Multiplicity“-Farben der Stadt Luxemburg unterwegs sein. Ausnahmen sind möglich, wenn ein üblicherweise eingesetzter Bus eine Panne hat – oder wenn neue Busse bestellt werden: Da wir bei der letzten großen Ausschreibung vorgesehen hatten, dass ab dem 15. Juli 2024 alle Busse auf unserem Netz zu 100% elektrisch fahren müssen, werden die beauftragten Privatfirmen eine Reihe von Dieselnissen ausmustern, und wir haben ihnen zugestanden, diese alten Busse nicht noch umrüsten zu müssen. Dabei ist anzumerken, dass es Verzögerungen bei den Lieferungen der Elektrobussen gibt und das erwähnte Stichtdatum vom 15. Juli 2024 daher um ein paar Monate verschoben werden muss. Das Ziel besteht darin, dass in absehbarer Zeit alle Busse an das SAE-System angeschlossen sein werden.

### 2) Frage von Rat Weidig über die „Zeltstadt“ im Pfaffenthal

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Unter dem Pont Grande-Duchesse Charlotte („Rout Bréck“) hat sich seit ein paar Jahren eine kleine „Zeltstadt“ entwickelt, wo Obdachlose bei jedem Wetter übernachten. Dies wurde bereits in der internationalen Presse dokumentiert, z.B. in einer Sendung auf Arte („Arm im reichsten Land Europas“). Das Thema wurde bei der Generalversammlung des Pfaffenthaler Interessenvereins („Syndicat d'intérêts locaux Pfaffenthal-Siechenhof“) am 15. April 2024 aufgegriffen, da im Umfeld der erwähnten „Zeltstadt“ eine Art wilde Mülldeponie entstanden ist. Dies wurde auch auf der „Report-it“-Seite der Stadt Luxemburg gemeldet.

Ist sich die Stadt Luxemburg dieser Situation bewusst? Sind Maßnahmen geplant, um die Zeltstadt aufzulösen? Wenn ja, welche? Ist vorgesehen, den Wald von dieser illegalen Mülldeponie zu befreien?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich habe den Beitrag auf Arte gesehen. Die Geschichte ist schon erstaunlich. Es wurden zwei Männer gezeigt, die ihren Angaben zufolge aus Ungarn stammen und sich am besagten Standort niedergelassen hatten. Sie sagten, in Luxemburg sei das Paradies und sie würden am fraglichen Ort nicht gestört. Einer habe sich die Zähne in Luxemburg erneuern lassen. Man sieht den betreffenden Mann im Arte-Beitrag auch bei der „Stémm vun der Strooss“, wo er eine Mahlzeit für 50 Cent erhält. Er hat sich extrem belobigend über Luxemburg ausgesprochen.

Die Situation ist aber natürlich inakzeptabel, nicht zuletzt auch aus hygienischen Gründen. Die betreffenden Personen wurden angewiesen, sich an einem anderen Ort niederzulassen. Der Standort unter der Roten Brücke, der nicht der Stadt Luxemburg, sondern der *Administration des ponts et chaussées* gehört, wurde mittlerweile auch gereinigt.

### 3) Dringliche Frage von Rat Benoy über die Police municipale

**Rat François BENOY (déi Gréng):** Die *Police municipale* war das zentrale Thema bei den Kommunalwahlen. Presseberichten zufolge wird in der Stadt Luxemburg am 1. Juli 2024 ein entsprechendes Pilotprojekt starten – mit zwei Patrouillen mit jeweils zwei Polizisten. Es handelt sich somit eher um einen „Marketing-Gag“ als um die Einlösung eines Versprechens an die Wähler, nämlich die Schaffung eines neuen Polizeikorps, das die Sicherheitssituation in der Stadt Luxemburg verbessern kann. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass es noch keine gesetzliche Grundlage für die *Police municipale* gibt. Wenn das erwähnte Pilotprojekt überhaupt möglich ist, dann nur dank der großen Rekrutierungsoffensive des grünen Polizeiministers in der vergangenen Legislaturperiode.

Kann der Schöffenrat bestätigen, dass vier Polizisten in der Stadt Luxemburg die neue *Police communale* darstellen werden? Handelt es sich dabei um zusätzliche Polizisten, oder werden sie aus bestehenden Kommissariaten der Stadt Luxemburg abgezogen? Welches sind ihre genauen Aufgaben? Welche gesetzliche Grundlage hat das Projekt? Welche Unterschiede gibt es zwischen der neuen *Police communale* und den „normalen“ Polizisten? Werden die neuen Patrouillen unter der Autorität des Bürgermeisters stehen oder unter der jener der Polizeidirektion? Ist der Schöffenrat zufrieden mit dieser Maßnahme? Wenn nicht, wofür zielt der Schöffenrat ab?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Auf der Grundlage des Programms, mit dem die DP bei den Wahlen angetreten ist, wurde gemeinsam mit der Partei, die heute den Polizeiminister stellt, schon vieles bewirkt. Die Polizei in der Hauptstadt wurde bereits konsequent aufgestockt, und sie zeigt mehr Präsenz auf dem Terrain.

Für ausführliche Antworten bitte ich Rat Benoy noch um etwas Geduld, denn am 1. Juli wird der Innenminister gemeinsam mit den Bürgermeistern von Luxemburg-Stadt und Esch/Alzette das Projekt hier im Rathaus im Detail vorstellen. Der Minister wird dabei auch auf die Kompetenzaufteilung eingehen. Ich möchte gleich klarstellen, dass die von Rat Benoy genannte Zahl von vier Polizisten nicht zutrifft: Diese Zahl wird wesentlich höher sein. Es wird sich um normale Polizisten handeln.

Wie bei jedem Pilotprojekt werden anschließend die nötigen Schlussfolgerungen gezogen, d.h. es wird analysiert, ob das Projekt weit genug geht, und ob gegebenenfalls gesetzliche

Anpassungen vorgenommen werden sollen. Die Diskussionen, wie es in der Praxis ablaufen soll, laufen derzeit noch.

**Rat François BENOY (déi Gréng):** Ich gehe davon aus, dass der Schöffenrat sich dafür einsetzt, dass die Stadt Luxemburg zusätzliche Polizisten erhält, und dass die Beamten der *Police municipale* nicht von bestehenden Kommissariaten abgezogen werden?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Das Projekt kann natürlich nur umgesetzt werden, wenn es mehr Polizisten in der Hauptstadt geben wird. Das ist selbstverständlich.

#### 4) Frage von Rat Weidig über die Fahrradbrücke Cents-Weimershof

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Wir wurden informiert, dass 49 Einwohner am 3. Mai 2024 beim Verwaltungsgericht eine Nichtigkeitsklage (*recours en annulation*) gegen die von der Stadt Luxemburg erteilte Baugenehmigung für die Fahrradbrücke Cents-Weimershof eingereicht haben. Kann der Schöffenrat dies bestätigen? Wie ist die diesbezügliche Position des Schöffenrates? Will er das Projekt weiterhin genauso bauen, wie vorgesehen? Wie wird sich der Zeitplan ändern?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich kann bestätigen, dass eine solche Klage eingereicht wurde. Das ändert jedoch nichts an der Position des Schöffenrats. Wir stehen zum Projekt, das vom Gemeinderat genehmigt wurde. Bis ein Urteil vorliegt, dürfte es längere Zeit dauern, voraussichtlich bis Ende 2025 oder Anfang 2026. Die Baugenehmigung bleibt gültig, so lange sie nicht von einem Gericht anders beurteilt wird – es sei denn, nach dem Baubeginn würde per „Référé“-Verfahren ein Baustopp beantragt. Die Prozedur läuft im Moment normal weiter, um das Projekt umzusetzen, das der Gemeinderat mit sehr großer Mehrheit beschlossen hat.

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Können Sie Angaben über den Kostenpunkt machen?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Das ist zurzeit noch nicht möglich, da die öffentliche Ausschreibung noch nicht abgeschlossen ist.

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Das heißt, die Stadt Luxemburg baut, weiß aber noch nicht, wie viel es genau kosten wird?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Der Ablauf ist wie folgt: Ein Projekt wird vom Gemeinderat beschlossen, dann wird ausgeschrieben, und dann schauen wir, welche Angebote dabei eingereicht werden.

#### 5) Dringliche Frage von Rätin Miltgen über den ING-Marathon

**Rätin Maxime MILTGEN (LSAP):** Die Bank ING hat unerwartet und ohne Vorwarnung beschlossen, die Konten von 40.000 Kunden zu schließen. Diese Personen sind nun gezwungen, schnellstmöglich eine neue Bank zu finden. Es steht der Bank natürlich frei, diese Entscheidung zu treffen, doch ist die Art und Weise ein Beweis dafür, dass sie gar kein Interesse mehr daran hat, die breite Masse als Kunden zu haben, und vor allem, dass sie überhaupt kein soziales Gewissen hat.

Seit 2006 unterstützt die Stadt Luxemburg indirekt die ING Bank und direkt den Organisator des „ING Night Marathon“, indem sie städtische Einrichtungen und Personal von kommunalen Dienststellen zur Verfügung stellt. Sie bietet der Bank damit eine wichtige Werbeplattform.

Das Datum des nächsten „ING Night Marathon“ steht bereits fest. Die Ausgabe 2025 wurde vom Organisator bestätigt, und ein gemeinsames Facebook-Event ist bereits online.

Beabsichtigt die Stadt Luxemburg nach dieser Ankündigung, die so viele Menschen in eine schwierige Situation bringt, ihre indirekte Unterstützung der Bank ING für das Jahr 2025 und darüber hinaus fortzusetzen?

Wenn ja, warum unterstützt die Stadt Luxemburg mit öffentlichen Geldern und einer Werbeplattform eine Bank, die Privatpersonen sowie kleine und mittlere Betriebe diskriminiert, indem sie ihren „Service Retail“ einstellt?

Beabsichtigt die Stadt Luxemburg, den Organisator des „ING Night Marathon“ aufzufordern, nach anderen Sponsoren zu suchen, dies auf transparente Art und Weise, und in Zusammenarbeit mit der Stadt Luxemburg?

Wäre es nicht sinnvoll, für die nächsten Ausgaben des Marathons eine öffentliche Ausschreibung zu starten?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Es ist normal, dass gleich nach dem Marathon eines Jahres das Datum der nächsten Ausgabe bekannt gegeben wird, denn die Organisation einer solchen Veranstaltung schreibt sich in einen internationalen Kalender ein. Der Marathon in Luxemburg ist sehr beliebt und auch ein wirklicher Mehrwert für die Stadt. Für die 16.000 Läufer und die zahlreichen Zuschauer ist der Marathon ein Moment der Freude. Auch für die Geschäftswelt ist der Marathon ein interessantes Event. Wir werden alles tun, damit der Marathon, der ein sehr positives Bild von der Stadt Luxemburg abgibt, fortgesetzt werden kann.

Zu betonen ist, dass die Stadt Luxemburg keinen Vertrag mit der Bank ING abgeschlossen hat. Die Bank ING ist der Sponsor des Hauptveranstalters, d.h. die Firma „Step by Step“, die den Marathon in Zusammenarbeit mit der „Fédération d'athlétisme“ und dem CAL organisiert. Die Stadt Luxemburg ist für die Infrastrukturen und die Sicherheit zuständig.

Ich habe sowohl den Organisator „Step by Step“ als auch die Bank ING kontaktiert, um zu fragen, wie sie zur aktuellen Situation stehen. Die Verantwortlichen der Bank sind sich bewusst, dass die Umsetzung der Entscheidung – die jeder Bank freisteht – nicht optimal abgelaufen ist. Die Umsetzung war wirklich denkbar unglücklich, vor allem wegen der sehr kurzen Fristen, die den Kunden eingeräumt wurden. Nach Gesprächen der ING-Verantwortlichen in der Abgeordneten-kammer (im Rahmen der zuständigen Kommission) wurden die Fristen für die Kunden verlängert, so dass sich die Situation beruhigt hat.

Die Idee, eine öffentliche Ausschreibung zu starten, war bereits vor Jahren einmal von einem anderen Gemeinderatsmitglied an uns herangetragen worden. Dabei würde sich jedoch die Frage stellen, was genau man ausschreiben sollte. Der Organisator Erich François hat im Lauf der 20 vergangenen Jahre viel Know-How unter Beweis gestellt.

Der Veranstalter „Step by Step“ hat mir versichert, dass er den Marathon weiterhin zu organisieren gedenkt, und auch die Bank ING hat erklärt, weiterhin als Hauptsponsor des Marathons fungieren zu wollen. Wir warten darauf, dass die einzelnen Akteure dies nun offiziell bestätigen.

**Rätin Maxime MILTGEN (LSAP):** Es war mir klar, dass kein Vertrag zwischen der Bank ING und der Stadt Luxemburg besteht. Durch die Zurverfügungstellung von Infrastrukturen und logistische Hilfe hat die Stadt Luxemburg aber dennoch ein gewisses Gewicht.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich habe Ihnen ja darauf geantwortet. Die Stadt Luxemburg zieht einen großen Nutzen aus diesem außergewöhnlichen Event, das ihr ein sehr positives Bild in der ganzen Welt verschafft. Wir geben hier nicht einer Bank eine Plattform. In der gesamten Sportwelt hängt alles von Sponsoren ab. Andere Banken unterstützen andere

Events. Mit diesem Marathon machen wir keine Werbung für die Bank, sondern für unsere Stadt.

**Rätin Maxime MILTGEN (LSAP):** Es soll aber nicht so getan werden, als ob man nichts ändern könnte, d.h. als ob man nicht mit einem anderen Hauptsponsor weiterarbeiten könnten.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die Stadt Luxemburg ist nicht zuständig für die Sponsoren, weder beim Marathon, noch bei der FLF oder bei Events in anderen Sportbereichen. Ich hoffe, dass der Marathon weiterhin als wundervolles Event in der Hauptstadt stattfinden kann. Dass der Input der Stadt Luxemburg groß ist, ist selbstverständlich – genauso wie der Input vieler anderer Akteure, wie die Polizei, Sportclubs und andere Vereine. Sollte sich jemals ein Sponsor zurückziehen, hoffe ich, dass wir im Gemeinderat einstimmig beschließen könnten, diesen Aspekt zu übernehmen.

## 6) Dringliche Frage von Rätin Brömmel über das Schulfoyer in Hamm

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi Gréng):** Mehrere Eltern von Kindern, die das Schulfoyer in Hamm besuchen, haben sich beim *Service Foyers scolaires* sowie bei den Verantwortlichen der Schule von Hamm über das Verhalten und die beruflichen Fähigkeiten des Leiters des Schulfoyers von Hamm beschwert. Die Vorwürfe der Eltern reichen von Einschüchterung über Drohungen bis hin zu sexistischen Äußerungen. Diese Verhaltensweisen sind völlig inakzeptabel, insbesondere, wenn sie gegen Kinder gerichtet sind.

Kann der Schöffenrat diesen Sachverhalt bestätigen? Seit wann sind die zuständige Dienststelle und der Schöffenrat über diese Vorwürfe informiert?

Welche Interventionen und Maßnahmen wurden von dem/ den für den ordnungsgemäßen Betrieb der Schulfoyers Verantwortlichen unternommen? Innerhalb welcher Zeit nach den Beschwerden der Eltern?

Ich hatte Anfang dieser Woche diesbezüglich nachgefragt und auch eine kurze Antwort erhalten, die für mich jedoch nicht zufriedenstellend war. Deshalb habe ich die vorliegende schriftliche Frage eingereicht.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um solche Fälle zu melden, damit solche Probleme unverzüglich behoben werden können? Welche Präventionsmaßnahmen gibt es?

Wann wird die Umfrage über die Zufriedenheit von Eltern und Kindern endlich durchgeführt?

**Schöffe Paul GALLES:** Wir haben diese Beschwerden ebenfalls erhalten, und es wurde unverzüglich darauf reagiert. So erhielten wir am Freitagabend um 22 Uhr eine E-Mail, und gleich am Samstagmorgen wurde darauf geantwortet. Die zuständige Dienststelle gab die Informationen gleich an die *Direction Ressources humaines* sowie an den Schöffenrat weiter. Die betreffende Person wurde von ihrem Arbeitsplatz im Schulfoyer abgezogen. Es wird nun ein vollständiges Dossier erstellt, auf dessen Grundlage der Schöffenrat – nach eingehender Analyse der Vorwürfe – über das weitere Vorgehen beschließen wird.

Was die Prävention betrifft, gehen wir grundsätzlich davon aus, dass bei der Einstellung neuer Mitarbeiter die erforderlichen Fragen gestellt werden, die es erlauben, gute und vertrauenswürdige Mitarbeiter einzustellen. Falls sich dies im Nachhinein anders darstellt, können wir eine Reihe von korrektiven Eingriffen vornehmen. Diese reichen von Begleitung und Coaching bis hin zu Sanktionen.

Die Zufriedenheitsumfrage bei Eltern und Kindern wird am 25. Juni in der Kinder- und Jugendkommission vorgestellt. Wenn diese ein positives Gutachten abgibt, wird der Schöffenrat einen entsprechenden Beschluss fassen, und die Umfrage wird zur Rentrée 2024/2025 gestartet.

## II. SCHULORGANISATION 2024-2025 – ANTWORTEN DES SCHÖFFENRATES AUF DIE INTERVENTIONEN DER GEMEINDERÄTE

**Schöffe Paul GALLES:** Vorweg möchte ich allen Rednerinnen und Rednern für die interessanten Beiträge, die unterschiedlichen Fragen und Blickwinkel zur Schulorganisation danken. Im Folgenden werde ich versuchen, bestmöglich auf die verschiedenen Fragen einzugehen.

Bei der Präsentation der Schulorganisation hatte ich versucht, systemisch heranzugehen, sprich das System im Blickwinkel zu haben, in dessen Mittelpunkt die Kinder stehen und dabei alle Elemente des Systems in der Zielsetzung einer ganzheitlichen Bildung zu betrachten.

Es wurde die Frage des allgemeinen Kontextes aufgeworfen, eine Frage, die mich besonders beschäftigt hat. Was sind die Kompetenzen einer Gemeinde im Rahmen der Schulorganisation und wie kann sich eine Gemeinde innerhalb dieses Rahmens messbare Ziele setzen? Dieser Blickwinkel hilft dabei die Frage nach den sozialen Ungleichheiten in der Schule aufzugreifen. Das Thema Kinderarmut bedrückt und beschäftigt mich sehr. Vor Kurzem hat die Vereinigung Caritas zu einem Forum zum Thema Kinderarmut eingeladen. In der Abgeordnetenversammlung haben wir Zahlen zum wachsenden Armutrisiko erhalten, ein Thema, auf das auch der Premierminister in seiner Rede zur Lage der Nation eingegangen ist und wo er den Kampf gegen die Armut zu einer Priorität erklärt hat.

Welches sind die Kompetenzen der Gemeinde und wie können wir unsere Arbeit messen? Die Gemeinde ist sozusagen für die Hardware zuständig: wir sind vor allem für die Schulgebäude, Schulhöfe, für Infrastrukturen zuständig. Die zusätzlichen Angebote der Stadt Luxemburg sind in den Bereichen Kultur, Natur, Sport, Musik und Technologie angesiedelt. In diesen Bereichen ist es nun interessant zu bewerten, zu prüfen, wie sich die Kinder schulisch entwickeln.

Was die Frage nach den „*épreuves standardisées*“ angeht, hatte ich bereits eine Unterredung mit Vertretern des Bildungsministeriums, dem Zahlen zu den Ergebnissen vorliegen. Es war lange Zeit politischer Konsens, diese Ergebnisse nicht zum Thema zu machen, damit sie nicht für einen Vergleich der Schulen missbraucht werden und auch den Schultourismus nicht ankurbeln sollen. Vielmehr sollen diese Zahlen uns eine Hilfe im Hinblick auf eine gleichwertige Behandlung aller Schulen und aller Stadtteile sein. Jedes Kind verdient es, die gleichen Chancen zu haben.

Genau genommen sind die „*épreuves standardisées*“ ausschließlich leistungsorientiert. Sie beschreiben lediglich ein Ergebnis am Ende eines Prozesses, was letztlich für unseren Bedarf kein vollständiges Bild ergibt. Es kann durchaus sein, dass in einem der Stadtteile, von denen wir alle wissen, dass sie sozio-ökonomisch betrachtet nicht so gut dastehen, die Schule eine phantastische Arbeit leistet und die Kinder trotzdem in den „*épreuves standardisées*“ nicht so gut abschneiden wie beispielsweise Kinder, die in einem sozio-ökonomisch privilegiierteren Stadtteil wohnen. Die „*épreuves standardisées*“ allein stellen dann keinen ausreichenden Indikator für die viele und gute Arbeit dar, die in der Schule geleistet wird,

und auch nicht für die Entwicklung der Kinder über Jahre hinweg. Es sind weitere Indikatoren, die eine Rolle spielen. Wir müssen die Ergebnisse der „épreuves standardisées“ in Verbindung mit dem sozioökonomischen Index der Stadtteile setzen (Immigrationshintergrund, schulische Orientierung der Schüler wohnhaft im Stadtteil und auch andere spezifische Herausforderungen wie z.B. das Alter der vorhandenen Infrastrukturen können dabei von Bedeutung sein), wohlwissend, dass letztlich das allermeiste mit jenen Personen steht und fällt, die im Schulalltag mit den Kindern arbeiten. Ich schlage daher vor, dass wir uns in einer Sitzung der Schulkommission ruhig und sachlich mit Vertretern des Bildungsministeriums damit befassen, wie wir die Angaben verarbeiten können, mit dem Ziel, Brennpunktschulen zu identifizieren und die Entwicklung der Kinder vor dem dargelegten Hintergrund gut zu verstehen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch offen über die strukturellen Mittel diskutieren, die bereits zur Verfügung stehen, um auf besonders schwierige Situationen zu reagieren.

Die Kontingente, die vom LISER erarbeitet werden, werden landesweit auf der Grundlage eines sozioökonomischen Indexes verteilt. Ein Update erfolgt nach jeweils drei Jahren. Aus Datenschutzgründen erfahren wir jedoch nicht, wie diese Indexe genau berechnet werden. Uns werden lediglich die Indexe aufgeschlüsselt nach Schule mitgeteilt. Ich bin gewillt über den Tellerrand der Schule hinauszuschauen und zu analysieren, was wir in der non-formalen Bildung und auch auf Ebene der Vereinswelt weiter tun können, um Kindern und Jugendlichen Aktivitäten anzubieten, an denen sie sonst aus finanziellen Gründen nicht teilnehmen könnten, Aktivitäten, die in einer hyperdominanten digitalen Welt auch dazu beitragen können, dass sie wieder mehr in unsere farbige und sehr lebendige analoge Welt zurückfinden, sich treffen und etwas gemeinsam unternehmen. Dies sehe ich auch in Verbindung mit dem von mir geäußerten Wunsch einer Analyse, mit dem Ziel, wie sich der Alltagsstress der Kinder reduzieren ließe. Ich möchte mich bei Rätin Mart dafür bedanken, dass sie diesen Ansatz im Rahmen des Kindeswohls angesprochen hat. Ich meine nicht, dass ich Rätin Oberweis Hoffnungen machen kann in Bezug auf ihren Wunsch, dass im Sinne des Kindeswohls und eines Stressabbaus die Schule erst um 9 Uhr morgens beginnen sollte. Die Gemeinde kann hierauf keinen Einfluss nehmen. Nichtsdestoweniger können wir unseren Beitrag im Sinne einer guten Entwicklung der Kinder leisten, indem wir einerseits jene Schulen im Blick behalten, wo sich die Situation schwieriger anlässt, und andererseits unsere Hausaufgaben machen (Schulgebäude, Schulhöfe, Transport, gute Verwaltung in Bezug auf Organisation und Zusammenleben, Schultourismus, Permutation, Partizipation, ...). Parallel dazu gilt es eine gute Aufstellung des Schuldienstes, der schulmedizinischen Dienststelle und der verschiedenen Abteilungen zu gewährleisten, sowie auch eine gute Zusammenarbeit mit den Schulfoyers über den Weg der PEPs und mit dem Bildungsministerium über den Weg der Schulentwicklungspläne, und der Elternschule. Die gute Entwicklung der Kinder beginnt auch zuhause.

Im Zusammenhang mit den Infrastrukturen wurde ich darauf angesprochen, wie die Stadt Luxemburg gewährleisten kann, dass unsere Schulgebäude in Zukunft groß genug sein werden, um eine wachsende Zahl an Kindern aufnehmen zu können. Die Stadt Luxemburg arbeitet mit einer externen Agentur zusammen, die alle möglichen Fragezeichen in einen Algorithmus packen wird. Hierzu gehört auch die Frage, wie viele Kinder die öffentliche Schule der Stadt Luxemburg besuchen werden. In den vergangenen Jahren lag die Aufteilung bei 50-50 (öffentliche Grundschule/Privatschule). Interessanterweise hat sich dieses Verhältnis mittlerweile zugunsten der öffentlichen Schule verändert: 55% öffentliche Grundschule gegenüber 45% Privatschule. Dieses Verhältnis variiert jedoch je nach Stadtteil. In der Schule Rue Gellé und in der Schule Rue Verger liegt der Anteil bei 70 % zugunsten der öffentlichen Schule, wogegen es in der Schule in Kirchberg lediglich 37% sind und in Dommeldingen und in Merl

jeweils 47%. Über Angaben, in welche Privatschulen die anderen Kinder gehen, verfügen wir nicht. Es gilt jedoch zu bedenken, dass die Privatschulen und auch die öffentlichen internationalen Schulen langsam aber sicher an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten stoßen. Wenn im Jahr 2026 die Alphabetisierung in französischer Sprache landesweit eingeführt wird, müssen wir damit beginnen, die Kinder des Schulzyklus 1 nach Alphabetisierungswahl aufzuteilen. Dies wird insbesondere für die kleineren Schulen eine große Herausforderung werden, auf die wir uns derzeit vorzubereiten. Wir sehen die Alphabetisierung in französischer Sprache als Chance mit Risiken, demnach durchaus positiv. Die Bildungsberichte haben gezeigt, dass die Sprache ein Hauptfaktor für Bildungsungleichheiten darstellt. Jedes Kind soll die Lerninhalte in den ersten Grundschuljahren über eine Sprache, die es zuhause spricht oder die es zumindest bereits kennt, so weit wie möglich assimilieren können. Erfolgt eine Alphabetisierung in französischer Sprache, bedeutet dies nicht, dass die Kinder nicht auch Deutsch und Luxemburgisch lernen. Verschiedene Kurse werden nach wie vor gemeinsam belegt. Die Kinder werden in die gleiche Schule gehen und während der Pausen im gleichen Schulhof spielen. Dies verringert das Risiko der Entstehung von Parallelgesellschaften. Die PDS und PEP können in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Die Stadt möchte zwei Ziele gleichzeitig erreichen: die gute Entwicklung des Kindes und das gute Zusammenleben in der Gesellschaft. In der heutigen Gesellschaft müssen wir von einer Hypervielfalt ausgehen, womit neue Stereotypen und Diskriminierungen einhergehen, auf die wir mit Angeboten reagieren wollen, die auf diese Themen ansprechen, so z.B. auf das Thema sexuelle Identität, sexuelle Orientierung. Die Kinder müssen fit sein, um in einer farbigen Gesellschaft integrativ, sprich ohne Stereotypen leben und sich einbringen zu können.

Ich habe veranlasst, dass die aktualisierte Fassung des Mehrjahresplanes betr. die Schulinfrastrukturen auf die interne Plattform gesetzt wird. Auf die Frage nach einem allgemeinen Konzept für neue Schulen sei darauf hingewiesen, dass deren Planung einerseits partizipativ, zusammen mit allen Betroffenen erfolgen soll, dies immer vor dem Hintergrund, dass die vorhandenen Bedingungen in jedem Viertel andere sind. Wichtig dabei ist der Ansatz, den wir für das Bahnhofsviertel zurückbehalten haben, der bereits in der „Commission du développement urbain“ kurz vorgestellt wurde. Überall dort, wo es machbar ist, wollen wir Gebäude schaffen, die von Schule und Schulfoyer gemeinsam genutzt werden, offene Räume. Wir wollen vom Raum her denken. Anlässlich des Bürgermeistertages hat der Innenminister verlauten lassen, dass er die Gesetzestexte, welche die formale und non-formale Bildung organisieren, näher zusammenführen will, damit Räume multimodal genutzt werden können.

Mit dem Projekt „Up Foundation“ konnten wir gute Erfahrungen sammeln, um alle Beteiligten einzubinden. Mit dem Projekt „Baupiloten“ wurde eine Matrix entwickelt, um die pädagogischen, räumlichen und funktionalen Bedürfnisse aller Akteure in ein Raumkonzept zu übersetzen. Dabei handelt es sich noch nicht um ein architektonisches Konzept. Es wurde erarbeitet, wie viele Quadratmeter für welche Funktionen benötigt werden, wie diese sich zueinander verhalten und welches die Raumerfahrung für die Kinder in den Räumlichkeiten sein soll. So wurde beispielsweise erarbeitet, dass in unseren bestehenden Gebäuden 18 Quadratmeter pro Kind berechnet sind (Schule und Schulfoyer zusammengekommen). Für künftige Bauten liegen die Berechnungen bei 15 Quadratmeter pro Kind. Dies ist nicht negativ zu bewerten, sondern bedeutet, dass die Räume multimodaler und für verschiedene Funktionen genutzt werden können. Aufgabe der Architekten wird es nun sein, dieses Konzept in ein architektonisches Konzept zu transponieren. Wir werden hier auf den Weg einer vergüteten Beratung gehen. Dieses Konzept soll dann im Rahmen des Möglichen zur Roadmap für künftige Schulgebäude werden.



Erste Arbeiten für die neuen Schul- und Sportinfrastrukturen für das Viertel Dommeldingen sind angelaufen. Im Sommer sollen die Arbeiten dann voll anlaufen. Im Stadtteil Gasperich wird in der Rue Kemmer ein neues Schulgebäude entstehen. Nach Fertigstellung dieses Gebäudes kann mit der Renovierung und dem Ausbau des bestehenden Schulgebäudes begonnen werden. Für das Schulgebäude Rue Demy Schlechter ist eine energetische Sanierung geplant. Eine Verschönerung des Schulhofes Rue du Commerce dürfte kein Problem darstellen. Diesbezüglich haben wir bereits eine informelle Anfrage erhalten. Auf die Frage nach der künftigen Nutzung des Schulgebäudes Rue du Commerce vermag ich zu diesem Zeitpunkt noch keine Antwort zu geben. Die Einrichtung einer weiteren „Bëschspillschoul“ ist geplant und zwar am CAPEL-Standort. Dies bedingt eine Reihe von Umorganisationen. Mit der eigentlichen Planung wurde noch nicht begonnen. Die Zahl der „Bëschklassen“ ist hoch (z.B. in Beggen, Clausen, Gasperich und Kirchberg). Diese Klassen gehen meistens dienstags und donnerstags morgens in den Wald. Es wurde ein spezifisches Sicherheitskonzept ausgearbeitet. Im Quartier „Kuebebiërg“ soll „eng Schoul dobaussen“ entstehen, mit vielen Standorten im Stadtteil und am Rande des Viertels (Grünzonen), wo Unterricht möglich sein wird.

Von verschiedenen Rednern und Rednerinnen wurde auf die Wichtigkeit hingewiesen, die partizipative Erfahrung, die im Rahmen des Projektes Schule Rue Henri VII gesammelt werden konnte, für weitere Projekte zu nutzen. Ich teile diese Meinung. Ich danke für die Unterstützung, den Posten eines „coordinateur cours d'école“ zu schaffen. Wir haben einen Plan, wie wir bestehende Schulhöfe nach und nach demineralisieren können. Es wurde außerdem gefragt, welche Kriterien wir der Gestaltung von Schulhöfen zugrunde legen. Verschiedene Rahmenbedingungen müssen dabei eingehalten werden, so vor allem die Bedingung, dass pro Kind eine gewisse Quadratmeterzahl gewährleistet sein muss. Lokale Bedürfnisse und Ideen aus partizipativen Verfahren kommen hinzu. Denkt man von der Bodenfläche her, wollen wir selbstverständlich nicht zu viel Makadam, sondern wasserdurchlässigere Flächen. Diese müssen jedoch rutschfest sein. Wachsen Pflanzen in den Pflasterfugen, sind Unterhaltsarbeiten erforderlich. Greifen wir zu Sand, wird dies zu mehr Schmutz in den Gebäuden führen. Vor allem braucht es sichere Zufahrten für die Rettungsdienste. Dies alles muss immer im Gleichgewicht gehalten werden. Auf der Ebene der Makrostruktur stellt sich zudem die Frage, ob wir Sonnen- und Regenschutz möchten. Dies ist nicht bei allen Schulen, doch von den meisten Schulen erwünscht. Selbstverständlich soll bei der Gestaltung auch Wert auf natürliche Elemente, wie Hecken, Bäume, Rasen gelegt werden, wobei die Hecken keine Dornen haben sollten und der Rasen nicht zertrampelt werden sollte. Für das Konzept einer „Schoul dobaussen“ wäre die Installation eines Amphitheaters im Schulhof durchaus interessant. Selbstverständlich werden auch genügend Stellplätze für Fahrräder und Tretroller benötigt. Hier sind wir auch auf Rückmeldungen der Schulen angewiesen. Geht eine entsprechende Anfrage ein, reagieren wir umgehend darauf.

Im Rahmen des Projektes zur Neugestaltung des Schulhofes Rue Henri VII beziehen sich die Fragen betr. die Mikrostrukturen auf die Bereiche Sport, Spiel und Entspannung. Einige Kinder spielen gerne Fußball, andere Basketball und wieder andere spielen lieber Räuber und Gendarm oder benutzen die Schaukel. Um sich zu entspannen, wünschen sie sich Bänke und Tische. Diese Wünsche werden von der Arbeitsgruppe berücksichtigt, um eine Matrix zu erstellen, auf deren Grundlage alle Schulhöfe im Hinblick auf Verbesserungen analysiert werden.

Für jedes Schulgebäude gibt es einen Sicherheitsbeauftragten (eine Lehrperson). Jedes Jahr werden Sicherheitsberichte verfasst.

Zur Installation eines zusätzlichen Airtramps fehlt es derzeit leider am nötigen Platz. Auch ich bedaure dies sehr, wissend

dass die Nachfrage groß ist. Zur Installation eines Airtramps braucht es einen 4 Meter hohen Raum - was nicht leicht zu finden ist. Im neuen Schul- und Sportkomplex Dommeldingen ist der nötige Platz zur Installation eines Airtramps vorgesehen. Und auch in neuen Schulen werden wir im Rahmen des Möglichen versuchen, ein Airtramp einzuplanen.

Die Aussage, dass die Dienststellen das Anlegen von Schulgärten nicht unterstützen würden, ist nicht richtig. Vor einem Monat haben wir in unseren Grundschulen eine Umfrage durchgeführt, um in Erfahrung zu bringen, welche Schule bereits einen Schulgarten hat, wer sich um den Unterhalt des Gartens kümmert und welche Schulen sich einen Schulgarten wünschen. Vieles ist demnach in Bewegung. 11 von 19 Schulen haben bereits einen Schulgarten oder Hochbeete. Wir wollen proaktiv mit den Schulen zusammenarbeiten, um ihren Wünschen entgegenzukommen.

Der Verkehrsdienst hilft uns zu definieren, in welchen Stadtteilen der Bedarf nach dem Pedibus-Angebot prioritär ist. Er hilft auch bei der Festlegung der Schulwegrouten. Personen, welche die Kinder begleiten, erhalten vorab eine spezifische Schulung. Ziel ist es, das Pedibus-Angebot in allen Stadtteilen, sofern es gewünscht ist, zu gewährleisten. Dies kann nicht von heute auf morgen erfolgen: Begleiter müssen gefunden und geschult werden, wobei es Sinn macht, dass die Begleiter wohnhaft im Stadtteil sind, da sie ihr Viertel gut kennen. Die Routen und die Sicherheit werden von der Polizei zusammen mit unserem Verkehrsdienst bewertet.

Nun zur Situation betr. den Transport der Schulkinder zwischen Schule und Schulfoyer im Stadtteil Limpertsberg. Hier verhält sich ähnlich wie in Merl, wo wir nach Durchführung einer Analyse die Anzahl der Busse reduziert haben. Es gilt drei Bedürfnisse abzuwiegen: die Bewegung der Kinder, die Sicherheit des Schulwegs und die Wetterbedingungen.

Auf Fragen, die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg stehen, wird Schöffe Goldschmidt eingehen.

Wir haben eine lebendige Schulgemeinschaft. In der Stadt Luxemburg erfolgen die Permutationen entsprechend dem Dienstaltesystem, wobei das Dienstaltesystem nicht pro Stadtteil, sondern in Bezug auf das ganze Gebiet der Hauptstadt angerechnet wird. Wir stellen fest, dass es keinen sehr großen Wechsel gibt. Von 309 Lehrerinnen und Lehrern, die am vergangenen 14. Mai ihren Posten gewählt haben, haben sich nur 28 für einen Wechsel entschieden. Funktioniert die Schulgemeinschaft gut, stehen die Chancen besser, dass es keinen Wechsel gibt. In der Schule im Bahnhofsviertel wird gute Arbeit geleistet. Wir alle kennen die schwierigere Situation im Bahnhofsviertel. Umso entscheidender ist da das sehr große Engagement der Akteure vor Ort. Der Schöffenrat beschäftigt sich intensiv mit dem Bahnhofsviertel, wobei Schule und andere Infrastrukturen für Kinder auch eine Rolle spielen. Die Bauarbeiten im Bereich der Schule im Bahnhofsviertel werden bald abgeschlossen sein. Wir haben einen klaren Blick für die Situation und die Bedürfnisse.

Es besteht die Möglichkeit, verschiedene Schulen als Projekt zu definieren und sie damit auch zu schützen. Dies ist durchaus ein von mir verfolgter Ansatz, doch wichtig ist, dass wir dies bewusst selektiv angehen. In Dommeldingen haben wir diesen Weg informell beschritten, um zu erreichen, dass es keinen zu starken Lehrpersonalwechsel gibt, dies letztlich auch vor dem Hintergrund, dass viele Kinder aus Kinderfoyers die Schule in Dommeldingen besuchen. Das Listensystem sieht vor, dass brevetierte Lehrerinnen und Lehrer bei der Postenwahl Vorrang vor den Lehrbeauftragten genießen. Einer Diskussion über das Permutationsreglement verschließen ich mich nicht.

Schultourismus bedeutet, dass Kinder die Schule in einer Gegend besuchen, in der sie nicht wohnen. Die vorliegenden

Zahlen zeigen, dass es auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg keinen großen Schultourismus gibt. Nichtsdestoweniger bin ich der Ansicht, dass es Regeln braucht, und hier hat sich die Einteilung in Schulsektoren bewährt. Allerdings gibt es tatsächlich Beispiele, die absurd anmuten, z.B., wenn die Wohnung einer alleinerziehenden, berufstätigen Mutter so gelegen ist, dass sich die Schule, die ihr Kind eigentlich besuchen sollte, am anderen Ende des Schulressorts und die Schule des angrenzenden Schulressorts knapp 100 m von ihrem Wohnort befindet. Solche Fälle werden stets einzeln geprüft. Auch gesundheitliche Probleme eines Kindes können eine Ausnahme von der Regel rechtfertigen. Derzeit kennen wir drei Kategorien von Fällen, in denen ein Wechsel des Schulressorts möglich ist. Erstens, wenn Verwandte bis zum dritten Verwandtschaftsgrad das Kind betreuen oder die Person, die elterlichen Beistand leistet, ihren Wohnsitz in einem anderen Schulressort hat als dem, wo sich der Wohnsitz des Kindes befindet (116 Kinder: 92 + 14). Zweitens, wenn Kinder in einem privaten Foyer oder einer Kinderkrippe eingeschrieben sind (143 Kinder). Drittens, wenn es sich um Härtefälle handelt (z.B. wenn ein ärztliches Gutachten vorliegt: 16 Fälle). Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dem zuständigen Dienst zu danken, der die entsprechenden Anträge eingehend und mit großer Sensibilität prüft.

Der Kinderstadtplan, der mit Farben und spielerischen Symbolen gestaltet ist, wird entworfen, um von den Kindern genutzt zu werden, vor allem aus der Perspektive der Sicherheit, und schlägt zu diesem Zweck Änderungen an der Infrastruktur vor. Der Verkehrsdienst arbeitet dabei mit dem Schuldienst und dem deutschen Beraterbüro IKS zusammen. Eine App wird ausgearbeitet. Die Kinder der Schulzyklen 3 und 4 sollen diese App zusammen mit ihrem Lehrer bzw. ihrer Lehrerin „füttern“, indem sie beispielsweise ihre Lieblingsplätze oder Plätze, an denen sie sich nicht so sicher spüren, angeben. Im Herbst 2024 soll das Projekt den Schulpräsidenten vorgestellt werden. Die Auftaktveranstaltung ist für November 2024 vorgesehen. Ich würde es begrüßen, wenn wir den Kinderstadtplan mit anderen Plänen – wie denen für die Kinderspielplätze oder die Schulhöfe – kombinieren könnten. Wir sollten die Stadt mit den Augen eines Kindes in Bezug auf Spiel, Bewegung, Mobilität betrachten.

Das Thema Partizipation betreffend war verschiedenen Schulentwicklungsplänen zu entnehmen, dass in manchen Schulen bereits Schülerkomitees funktionieren. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Stadt Luxemburg hat bereits vor einiger Zeit Kontakt zum „Zentrum für politisch Bildung“ aufgenommen, um sich über ein Partizipationskonzept für die Stadt Luxemburg zu informieren. Die Zusammenarbeit mit „Up Foundation“, die auch im Bereich Partizipation über eine große Erfahrung verfügt, wird fortgesetzt. Wir waren in der Gemeinde Bartringen, um uns ein Bild davon zu machen, wie dort der Kindergemeinderat funktioniert. Es ist dies ein hochinteressantes Projekt, doch sollten wir darüber nicht vergessen, dass die Gemeinde Bartringen weniger Schulkinder als die Stadt Luxemburg zählt, alle Klassen sich auf einem Schulcampus befinden und die Koordination bei der Dienststelle „Maison relais“ liegt. Wir müssen demnach prüfen, wie dies auf die Gegebenheiten der Stadt Luxemburg übertragen werden kann, was für uns wirklich Sinn macht oder womit wir uns selbst überfordern.

Das „Comité de cogestion“ hat eine Liste mit 20 Punkten erstellt, die sehr hilfreich ist, deren Umsetzung jedoch nicht immer so einfach ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Der Punkt mit den farbigen Druckerpatronen wurde angesprochen. Fakt ist, dass die Ausgaben in genau diesem Punkt leider sehr stark gestiegen sind. Viele Klassen verfügen über einen Farbdrucker. Auf den Fluren der Schulen steht außerdem ein Kopierer. Wir wollen die Kosten reduzieren und werden versuchen, gemeinsam mit dem Lehrpersonal eine Lösung zu finden.

Im Zusammenhang mit der Pausenaufsicht sei darauf hingewiesen, dass das Personal in diesem Bereich geschult ist und darauf achtet, Mobbing und Streitereien zu verhindern.

Folgende gute Nachricht will ich Ihnen nicht vorenthalten: In jeder Schule haben wir ein Schulkomitee, einen Schulpräsidenten oder eine Schulpräsidentin. Ich möchte allen Beteiligten für ihr Engagement danken.

Zum Thema Infrastrukturen wurden verschiedene Fragen aufgeworfen. Die Schulmedizin nimmt hier eine zentrale Stelle ein. In seiner Rede zur Lage der Nation hat der Premierminister einen Plan angekündigt, der auf nationaler Ebene die „Schulmedizin“ in „Schulgesundheit“ umwandeln soll. Übrigens hatte auch der „Ombudsmann für Kinder und Jugendliche“ bereits empfohlen, auf den Weg einer „Santé scolaire“ zu gehen. Im Vergleich zur aktuellen Schulmedizin soll der Fokus noch mehr auf der Vorsorge liegen und einen ganzheitlichen Blick auf das Kind richten. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere schulmedizinische Dienststelle für diese Herausforderung gut aufgestellt ist und eine Vorreiterrolle in diesem Paradigmenwechsel spielen kann. Die schulmedizinische Dienststelle beschäftigt derzeit zwei Ärzte, sieben Krankenpfleger, zwei „assistantes d'hygiène sociale“, eine „assistante sociale“ und eine „diététicienne“. Die Aufgaben der schulmedizinischen Dienststelle und die vorzunehmenden ärztlichen Untersuchungen sind vom Gesetz vorgegeben. Die drei Hauptachsen sind: körperliche ärztliche Untersuchung; Gesundheitserziehung, Jugendschutz (die schulmedizinische Dienststelle der Stadt Luxemburg hat eine „Cellule enfant en détresse“ eingerichtet). Die schulmedizinische Dienststelle hat mich wissen lassen, dass Sie alle herzlich eingeladen sind, ihr einen Besuch abzustatten, um einen Einblick in ihre Arbeit zu erhalten. Die Zahngesundheit betreffend sei darauf hingewiesen, dass die Schulkinder der Schulzyklen 1.2, 2.1., 3.2 und 4.2 vom Schul-Zahnarzt untersucht werden. In den Schulzyklen 1.1, 2.2 wird außerdem der Zustand der Zähne vom Schularzt untersucht. Die schulmedizinische Dienststelle bietet auch Ateliers für die Kinder im Kindergartenalter und die Kinder des ersten Schuljahrs an, wo ihnen erklärt und gezeigt wird, wie sie ihre Zähne richtig putzen. Mit den Kinderkrippen der Stadt Luxemburg wurde ein Pilotprojekt lanciert: eine Krankenpflegerin der schulmedizinischen Dienststelle lädt die Eltern zu einem „Eltrecafé“ ein und erklärt die richtige Technik für gründliches Zähneputzen.

Das Angebot „Moving kids“ wendet sich an Kinder, die an Übergewicht leiden und zugleich sozial isoliert sind. Dies bedeutet, dass Kinder, die an Übergewicht leiden und auch in einem Sportverein eingeschrieben und dort gut integriert sind, nicht die direkte Zielgruppe von „Moving kids“ sind. Mit dem Sportdienst und dem Netzwerk MOTOR (eine Zusammenarbeit zwischen CHL, Hôpitaux Robert Schuman und Reha-zenter) haben wir zwei gute Partner. Die Gruppe „Moving kids“ zu vergrößern, ist schwierig, da die betreffenden Kinder sehr fragil sind und auf vielen Ebenen unterstützt werden müssen. In einer größeren Gruppe würde die Möglichkeit, individuell mit den Kindern zu arbeiten, verloren gehen.

Das Thema „Mentale Gesundheit des Kindes“ wurde zurecht angesprochen. Die schulmedizinische Dienststelle hat verschiedene Möglichkeiten, hier einzugreifen. Psychische Probleme können bei einer ärztlichen Untersuchung und im Gespräch mit dem Kind festgestellt werden. Die Eltern, die Schule oder das Schulfoyer können sich an die Schulmedizin wenden, wenn sie sich Sorgen um ein Kind machen. Die Eltern und das Kind werden zu einem Gespräch in die schulmedizinische Dienststelle geladen. Je nach Bedarf kann das Kind umgehend in die Kinderpsychiatrie überwiesen werden (z.B., wenn ein Kind Selbstmordgedanken hat), oder aber wir versuchen, die bestmögliche psychologische Unterstützung für das Kind und die Familie zu finden. In der Stadt Luxemburg haben wir die große Chance, dass die Ärztin der schulmedizinischen Dienststelle diese Kinder umgehend zwecks therapeutischer

Hilfestellung an unsere Psychologinnen weiterleiten kann. Das Angebot der therapeutischen Hilfestellung für die Kinder ist kostenlos. Eine mentale Gesundheit setzt eine mentale Gesundheit bei den Eltern voraus. Haben Eltern Probleme oder Ängste, färben diese Sorgen oft auf die Kinder ab. Familien, die beispielsweise in Armut leben, sind eher für Depressionen anfällig. Wenn Familien in Armut oder in Not erkannt werden, versuchen wir auch hier zu helfen, indem wir z.B. dafür sorgen, dass das betroffene Kind einen Betreuungsplatz im Schulfoyer erhält, damit es zumindest einmal am Tag eine richtige Mahlzeit erhält. Die Stadt unterstützt die Eltern auch bei den „chèques services“ sowie bei der Kontaktaufnahme mit dem Sozialamt oder dem „Office national de l'enfant“ (ONE).

Darüber hinaus gibt es Angebote der Stadt Luxemburg in den Bereichen Sport, Kultur, Natur, Technologie, usw. Diese Angebote werden auf freiwilliger Basis angeboten, was denn auch den niedrigen Prozentsatz an Klassen erklärt, die das Angebot nicht in Anspruch genommen haben. Im Sportbereich arbeiten wir auf der Grundlage der Vorgaben des Sport- und des Gesundheitsministeriums. Das Gleiche gilt für die LASEP. Der Vorschlag, neue Sportarten in das Angebot aufzunehmen, muss demnach vom Ministerium ausgehen. Im Rahmen ihrer kulturellen Angebote bietet die Stadt Luxemburg beispielsweise am Standort „Schluechthaus“ alternative Sportarten an.

Es wurde auf die wichtige Rolle des Sportunterrichts in der Grundschule und damit einhergehend auf die Wichtigkeit der Sporthallen für den Schulsport hingewiesen. Die Sporthallen der Stadt Luxemburg werden regelmäßig gewartet und renoviert. Schöffin Beissel wird näher auf diesen Punkt eingehen. Das Dach der Sporthalle in Merl wird demnächst renoviert.

Wie die Sportstunden unter brevetiertem Personal und Lehrbeauftragten aufgeteilt werden, liegt nicht in der Kompetenz der Gemeinden. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass es Klassen gibt, die nur alle 14 Tage Schwimmunterricht haben. Diese Aussage ist richtig, unter der Bedingung das Wörtchen „nur“ zu streichen. In der Stadt Luxemburg gibt es seit Langem das Programm A und das Programm B, d.h. dass eine Klasse in der einen Woche Schwimmunterricht und in der darauffolgenden Woche Turnen hat. Die Vorgaben für den Sportunterricht in der Grundschule sind in einem großherzoglichen Reglement aus dem Jahr 2011 festgeschrieben. Hier ist festgehalten, wie viele Sportstunden in welchem Schulzyklus gehalten werden sollen. Wir respektieren diese Vorgaben.

Es wurde die Frage nach einer UNESCO-Schule aufgeworfen. Die Stadt Luxemburg zeigt sich offen für ein solches Projekt. Ich habe mir vorgenommen, eine diesbezügliche Diskussion zu lancieren. Es gibt Schulen, die sich hervorragend für ein solches Projekt eignen würden.

Verschiedene Fragen betrafen die interne Organisation, u.a. jene des *Service Enseignement*. Diese Dienststelle ist gut aufgestellt. Die Rekrutierungsverfahren sind manchmal langwierig. Vor kurzem haben Herr Gregorius und ich an der nationalen „EduTrends“-Konferenz zum Thema „Digitalité – Lernen mit KI“ teilgenommen. Die KI bietet viele Möglichkeiten, die wir nun für unseren Schuldienst ausloten werden.

Die PEPs, die einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulfoyer förderlich sein sollen, sollen zwecks verbesserter Wirksamkeit überarbeitet werden. Der Vorschlag zur Organisation einer gemeinsamen „Porte ouverte“ ist begrüßenswert. Meinen Informationen zufolge organisieren die meisten Schulfoyers bereits einen Tag der offenen Tür. Jede Schule entscheidet selbst, ob sie einen Tag der offenen Tür organisiert oder nicht. Man könnte vielleicht die Organisation eines Tages der offenen Tür im Rahmen der PEP vorschlagen.

Die Schulentwicklungspläne sind komplexer als in der Motion von *déi Lénk* dargestellt. An und für sich handelt es sich um einen internen Prozess auf nationaler Ebene. Auf unsere Nachfrage hin werden uns die Schulentwicklungspläne nun alle drei Jahre vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein Entgegenkommen des Ministeriums. Wir können nicht verlangen, dass uns jedes Jahr ein Update vorgelegt wird.

Wenn uns Beschwerden mitgeteilt werden, die uns als Gemeinde betreffen, wie z.B. das Problem der Farbpatronen für Drucker, sind dies Angelegenheiten, die über den Rahmen des PDS hinausgehen. Wir teilen diese Bedürfnisse der Schulkommission mit und reagieren darauf. Daraus ergibt sich jedoch kein Aktionsplan, wie in der Motion gefordert, da wir als Gemeinde nicht über die dafür notwendigen Voraussetzungen verfügen.

Meistens decken sich die Bedürfnisse mit den Punkten, die bereits vom „comité de cogestion“ angesprochen wurden, so dass wir auf dieser Ebene arbeiten können – wobei es sich oft um die gleichen Personen handelt, oder zumindest um Personen, die viel miteinander reden. Übrigens wurde der neue „comité de cogestion“ gewählt. Wir werden einen Zeitplan für die Unterredungen mit diesem wichtigen Gremium aufstellen. Ich schlage außerdem vor, dass wir uns in der Schulkommission auch mit dem Angebot des ESEB (Équipe de soutien des élèves à besoins éducatifs spécifiques) befassen.

Die Diskussionen rund um das „guichet unique“ laufen. Es geht nicht nur um eine Harmonisierung der Einschreibetermine, es muss auch geprüft werden, wie Vorgehensprozeduren von Schule und Schulfoyer zusammengeführt werden können, und zusammen mit dem *Service TIC* muss eine digitale Plattform geschaffen werden.

Eine Frage, die immer wieder auftaucht, ist die nach den Wartelisten in den Schulfoyers, auch wenn sie streng genommen nicht in diese Debatte gehört. Definitive Zahlen liegen derzeit noch nicht vor, da eine der beiden „commissions de validation“ noch nicht getagt hat. Wenn wir über definitive Zahlen verfügen, werden wir diese in der Schulkommission bekanntgeben.

Ich nutze die Gelegenheit, um meiner Vorgängerin Frau Mart, mit der ich vertrauensvolle, transparente Gespräche führe, zu danken. Diese Gespräche sind mir eine wertvolle Stütze.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Nelson Mandela: „Bildung ist die mächtigste Waffe, die man einsetzen kann, um die Welt zu verändern“. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich danke Schöffe Galles für seine erste Präsentation der Schulorganisation. Man spürt, dass er sich sehr gut in die Materie eingearbeitet hat.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Ich hatte mich erkundigt, ob der Schulhof Rue Demy Schlechter wieder außerhalb der Schulzeiten geöffnet sein wird. Schöffe Galles ist kurz auf das Pedibus-Angebot eingegangen, hat jedoch nicht auf die Frage geantwortet, warum das Projekt in Zukunft langsamer vorangehen wird.

**Schöffe Paul GALLES:** Die Antwort betreffend den Schulhof Rue Demy Schlechter werde ich nachreichen. Meine Antwort bezog sich auf das Schulgebäude. Was das Pedibus-Projekt betrifft, so besteht keine Absicht, es zu verlangsamen. Mit seiner Aussage wollte Herr Gregorius lediglich ausdrücken, dass es eine gewisse Vorbereitungszeit braucht. Das Angebot wurde von vier auf acht Stadtteile ausgedehnt. Unser Ziel ist es, das Angebot auf alle Stadtteile auszudehnen. Ich bin ich auf die Gründe eingegangen, warum die Umsetzung Zeit braucht: Die Begleitung muss organisiert werden, Routen müssen definiert werden, usw. Hinzu kommt, dass es nicht

immer eine Nachfrage gibt. Wir hatten bereits die Situation, dass die Vorbereitungen bereits liefen, es sich dann jedoch herausstellte, dass die Nachfrage letztendlich nicht groß genug war.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Im Bericht lesen wir: „Die zukünftige Ausdehnung des Projekts wird langsamer voranschreiten“.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir werden jetzt nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Schöffe Galles hat die nötigen Erklärungen gegeben.

Im Schulhof der Rue Demy Schlechter hat sich ein Unfall ereignet. Ein Kind fuhr mit dem Fahrrad gegen die dort aufgestellten Pfosten, stürzte und erlitt eine Gehirnerschütterung. Die Eltern des Kindes haben Klage eingereicht. Seit diesem Unfall ist der Schulhof außerhalb der Schulstunden geschlossen. Rätin Oberweis wird die Antwort auf ihre Frage noch vor Ende der Sitzung erhalten.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Schulhöfe sollten sicher sein, weshalb auch der Schulhof Rue Demy Schlechter auf seine Sicherheit überprüft werden sollte.

**Schöffin Simone BEISSEL:** Vorweg möchte ich Herrn Gregorius und seinem Team für die gut strukturierten Dokumente danken. Ich danke auch Schöffe Paul Galles für seine präzisen Ausführungen sowie den Gemeinderatsmitgliedern, die Fragen gestellt haben, die mein Ressort betreffen.

Schöffe Galles ist bereits auf die Grenzen der kommunalen Kompetenzen in Bezug auf die Schule eingegangen. Für den Bereich Sport gilt das Gleiche. Der kommunale Sportdienst ist nicht für die Organisation des Schulsports zuständig. Diese liegt einzig und allein in der Kompetenz des Bildungsministeriums.

Im Rahmen des Mehrjahresplans für Schul- und Sportinfrastrukturen versuchen wir via die 188 auf dem Gebiet der Hauptstadt angesiedelten Sportvereine – in denen auch jene Kinder in ihrer Freizeit aktiv sind, die nicht unsere öffentliche Grundschule besuchen – die infrastrukturellen Bedürfnisse so zu erfassen, dass unsere Sportinfrastrukturen diesen Bedürfnissen auch entsprechen. Für die Sportinfrastrukturen der Privatschulen ist die Stadt Luxemburg nicht zuständig. Die Privatschulen müssen dafür Sorge tragen, dass ihre Sportinfrastrukturen ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Das Airtramp der Schule Dommeldingen ist für die Dauer der Arbeiten im Schwimmbad-Gebäude installiert. Zur Installation eines Airtramps wird ein sieben Meter langer, sieben Meter langer und vier Meter hoher Raum benötigt. Die Schule Dommeldingen soll künftig über zwei Airtramps verfügen. Im neuen Komplex wird auch eine große Kletterwand installiert. Die Forderung nach Kletterwänden und Boulder-Parcours wurde laut. Die Idee, einen Boulder-Parcours in der Schule im Bahnhofsviertel zu installieren, ist auf regen Protest der Elternvereinigung gestoßen. Diese hat sich stattdessen für einen Theatersaal ausgesprochen. Im Stadtteil Pfaffenthal gibt es einen Boulder-Parcours, der von einem Verein unterhalten wird. Der Parcours ist zugänglich für alle Kinder und Jugendlichen. Klettern ist kein Spiel. Bei einem Sturz kann man sich schwer verletzen. Würden wir Kletterwände installieren – selbst, wenn diese nicht sehr hoch wären –, müsste das Lehrpersonal eine spezifische Schulung absolvieren. Kletterer müssen durch Seile gesichert sein. Sollte beim Bau neuer Schulen Bedarf an einer Kletterwand angemeldet werden, kann sicherlich geprüft werden, was machbar ist.

Ich teile die Sorge der Redner und Rednerinnen in Bezug auf das Schwimmenlernen. Ich werde nicht müde zu betonen, wie wichtig es ist, dass unsere Kinder schwimmen lernen, nicht nur weil es Spaß macht, sondern weil es über Leben und

Tod entscheiden kann. Als Kind war es für mich eine Frage der Ehre, schwimmen zu lernen, und kein Kind hat damals die Grundschule verlassen, ohne schwimmen gelernt zu haben. Das System hat sich geändert. Die Schwimmmeister haben einen Großteil ihrer Aufgaben an das Lehrpersonal abgegeben. In Zusammenarbeit mit der LASEP wird nun, wo es machbar ist, in der Mittagsstunde Schwimmunterricht für die Kinder des Schulzyklus 3 angeboten. Ich erinnere mich, dass wir damals bereits jede zweite Woche Schwimmunterricht hatten. Wir werden auch in Zukunft keine Mühe scheuen, damit die Kinder in unserer Grundschule so gut wie möglich schwimmen lernen und möglichst auch den Freischwimm-schein machen.

In der Rue d'Ostende und in Bonneweg haben wir ein Zwei-beckensystem. Das gängige Schwimmbecken hat eine Länge von 25 m. Für den Bau eines Lehrschwimmbeckens braucht es zusätzlichen Platz, der in den anderen Schwimmbädern fehlt. Beim Bau neuer Schwimmbäder wird das Schwimmbecken mit einem Hubboden ausgestattet, d.h. dass der Boden für Nichtschwimmer angehoben werden kann.

Da die Stadt Luxemburg früh mit dem Bau von Sporthallen und Schwimmbädern begonnen hat, sind verschiedene dieser Infrastrukturen mittlerweile ins Alter gekommen, so dass Renovierungen anfallen. Die Planungen für die Renovierungsarbeiten laufen. Es sei erneut darauf hingewiesen, dass unsere Sportinfrastrukturen jeden Tag von 6.00 Uhr morgens bis 23.00 Uhr abends zu 98 % ausgelastet sind. Dies wirft folgende Frage auf: Wohin mit all den Nutzern, wenn mit den Renovierungsarbeiten begonnen wird? Über Ersatzinfrastrukturen verfügen wir nicht, was denn auch erklärt, dass wir manchmal nicht so schnell wie gewünscht mit den Renovierungsarbeiten vorankommen. Unser Mehrjahresplan wird laufend aktualisiert. Jahr um Jahr wird geprüft, ob die gesetzten Prioritäten noch die richtigen sind.

Wir alle teilen die Meinung, dass es wichtig ist, dass Kinder sich viel bewegen und sie schwimmen lernen sollen. Aber wir sollten auch den Eltern vermitteln, dass sie mit ihren Kindern an die frische Luft gehen sollten, wenn sie die Zeit dazu haben, insbesondere am Wochenende. In der Stadt Luxemburg gibt es wunderschöne Spielplätze und Grünzonen, und auch der Wald ist schnell zu erreichen. Bewegung fördert die Gesundheit und die Gelenkigkeit und baut Übergewicht vor. Fakt ist, dass wir derzeit Räumlichkeiten vorsehen müssen, in denen Sportvereine Kurse anbieten, damit Kinder ein Mindestniveau erreichen, um überhaupt eine Sportart ausüben zu können. Daher mein Appell an die Eltern, uns dabei zu helfen die Kinder von den Fernseh- und Tablet-Schirmen wegzubekommen und selbst aktiv zu werden, damit die Kinder raus an die frische Luft gehen, sich bewegen, Sport treiben.

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Zunächst möchte ich allen Rednern für ihre Stellungnahmen und Fragen zur Mobilität und zur Sicherheit auf dem Schulweg danken.

Dem Schöffenrat und unseren Dienststellen, die Tag für Tag im öffentlichen Raum arbeiten, ist sehr wohl bewusst, dass die Kinder die schwächsten Verkehrsteilnehmer sind und wir daher besonders für ihre Sicherheit Sorge tragen müssen. In den vergangenen Jahren ist es glücklicherweise zu keinen Unfällen auf dem Schulweg gekommen und wir hoffen, dass dem auch so bleiben wird. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso verschiedene Redner ständig vorgeben, die Schulwege seien nicht sicher. Das grenzt an Populismus und Angstmacherei.

Zum Thema Pedibus ist bereits vieles gesagt worden. Mir bleibt nur zu ergänzen, dass der *Service Circulation* und der *Service Enseignement* laufend daran arbeiten, das Pedibus-Angebot auf weitere Stadtteile auszuweiten. Liegen uns Anfragen von Eltern vor, wird eine mögliche Route geprüft. Doch braucht es auch Personen, die die Kinder auf dem

Schulweg begleiten. Diese Begleitpersonen müssen dann noch geschult werden, weshalb es einige Zeit braucht, bis das Angebot steht.

Alles lieber heute als morgen, so das Credo von *déi gréng*. Unsere Dienststellen tun ihr Bestes, damit unsere Stadt auf allen Ebenen im Interesse der Bürger noch besser wird. Mir ist es wichtig zu unterstreichen, dass der Pedibus-Dienst keineswegs eingeführt wurde, weil die Schulwege gefährlich sind. Die erste Mission des Pedibus war es, jenen Eltern eine Alternative anzubieten, die meinen, sie müssten ihr Kind mit dem Auto bis vor die Schule fahren, weil sie aus irgendeinem Grund Angst haben ihr Kind zu Fuß zur Schule gehen zu lassen. Zufußgehen ist gesund.

Es ist unser Ziel, ein Schulumfeld mit weniger Autos zu schaffen. Manche Schulen liegen mitten im Stadtteil, andere an einer Hauptstraße. Bei den zu treffenden Maßnahmen werden wir stets die jeweilige Situation im Blick haben. *déi gréng* meinen, dass die im Bereich der Schulen Rue Gellé und Rue de Merl getroffenen Maßnahmen unzureichend seien. Dem will ich entgegenhalten, dass die Rue Gellé neugestaltet wurde. Eine Reihe von verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die auch von den staatlichen Instanzen empfohlen werden, wurden getroffen. Wiederholt hat der Schöffenrat darauf hingewiesen, dass sehr wohl eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hat. Finden mehrere Versammlungen statt, sind nicht immer die gleichen Bürger anwesend, was dazu führt, dass unterschiedliche, gar sich widersprechende Vorschläge eingebracht werden. Die meisten der eingebrachten Vorschläge wurden umgesetzt. Die Städte Wien und Paris wurden als Städte mit Vorbildcharakter genannt. Nicht später als vergangene Woche war ich mit Schöffe Bauer in Wien, um „best practices“ zu sammeln. Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden und sind sehr wohl bereit zu prüfen, wie sich ein Konzept, das sich im Ausland bewährt hat, in der Stadt Luxemburg umsetzen lässt. In Wien konnten wir feststellen, dass die um Umfeld einer Schule getroffenen Maßnahmen zu 95% mit denen, die wir für die Rue Gellé getroffen haben, übereinstimmen. In Wien waren alle mit dem Ergebnis zufrieden. Demnach lässt sich nicht behaupten, dass die von unseren Dienststellen umgesetzten Maßnahmen schlecht wären und der Schulweg gefährlich sei. Bei der Rue de Merl handelt es sich um eine nationale Straße. Die Straße weiter zu verengen ist nicht möglich, zum einen aufgrund der nationalen Regelungen und zum anderen, weil unsere Busse diese Route nehmen. Sollten wir alle feststellen, dass hier und da noch Nachbesserungen notwendig sind, werden wir dies im Rahmen des Möglichen tun. Zu sagen, alles sei schlecht, finde ich nicht korrekt.

Rat Benoy hat das Pariser Konzept der „Rues aux écoles“ und das Wiener Konzept der „Schulstraßen“ angeführt. Wir werden uns damit befassen, wobei jedoch zu beachten ist, dass sich solche Konzepte nicht eins zu eins umsetzen lassen, da Schulstraßen in der Luxemburger Verkehrsordnung nicht vorkommen. Nichtsdestoweniger handelt es sich um interessante Beispiele, wie sich etwas in den Stadtteilen verbessern lässt, weshalb ich die zuständige Dienststelle gebeten habe, sich näher mit diesem Konzept zu befassen und zu prüfen, welche Maßnahmen im Umfeld welcher Schule umsetzbar wären. Bei den Schulen, die an einer Hauptstraße liegen, wäre die Schaffung einer „rue aux écoles“ nicht möglich. Bei Schulen, die mitten in einem Wohnviertel liegen, mag dies anders sein. Fast alle Straßen, in denen sich eine Schule befindet, sind als Tempo-30-Zone ausgewiesen. Die Rue Verte ist bereits als Tempo-30-Zone ausgewiesen. Für die Rue Aloyse Kayser lag ein Projekt vor. Die Einwohner sind dagegen Sturm gelaufen, so dass unsere Dienststellen dabei sind, das Projekt zu überarbeiten und zu prüfen, wie sie allen entgegenkommen können. Die Umgestaltungsarbeiten in der Rue Demy Schlechter und in der Rue Nic. Martha sind im

Mehrjahresplan eingeschrieben. In der Rue Demy Schlechter gilt bereits Tempo 30. Die Rue Nic. Martha wird bald folgen.

Die Eindämmung des Durchgangsverkehrs, modale Filter und die Verkehrsberuhigung in Stadtteilen sind Themen, auf die wir in den kommenden Monaten zu sprechen kommen werden, da wir ein externes Fachbüro mit einer Analyse für jedes Stadtviertel beauftragt haben, mit dem Ziel, die Lebensqualität in den Stadtteilen zu verbessern.

Der Fünf-Meter-Abstand bei Fußgängerüberwegen wurde angesprochen. Für die im Bereich von Schulen gelegenen Fußgängerüberwege versuchen wir den Fünf-Meter-Abstand vor und hinter dem Fußgängerüberweg sowie auch seitlich davon einzuhalten. Wo noch keine baulichen Maßnahmen vorgenommen wurden, sind die Abstände auf der Fahrbahn markiert. Im Rahmen von Umgestaltungsarbeiten wird dort der Bürgersteig verbreitert. Die Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren, sind aufgerufen, weder auf dem Fußgängerstreifen noch unmittelbar daneben anzuhaltend, um ihr Kind aus dem Auto aussteigen zu lassen. Wir werden bei der Polizei dahingehend intervenieren, dass sie Kontrollen durchführt und Verkehrssünder zur Ordnung ruft. Es stehen nicht genügend *agents municipaux* zur Verfügung, um mehrere Beamte an jeder Schule einzusetzen. In der „Commission de surveillance scolaire“ haben wir uns mit dieser Problematik befasst, um Kriterien zu definieren und zu prüfen, an welchen Straßenkreuzungen Agenten stehen sollten (z.B. in der Nähe der Kirche in Hollerich).

Der Schöffenrat und die zuständigen Dienststellen sind der Ansicht, dass es keine gute Idee ist, Kiss&Go-Zonen in Nebenstraßen auszuweisen, weil dies Autoverkehr in den betreffenden Straßen generiert. Vielmehr wünschen wir uns, dass die Eltern zusammen mit den Kindern eine Route definieren, um zu Fuß zur Schule zu gehen. Ich kenne viele Eltern, die ihre Kinder allein zu Fuß zur Schule gehen lassen und die Kinder dabei eine Hauptstraße überqueren müssen. Früher sind wir auch zu Fuß zur Schule gegangen. Verkehrserziehung muss auch im Elternhaus stattfinden und Eltern müssen ihren Kindern Vertrauen entgegenbringen, dass sie die gelernten Verkehrsregeln anwenden können.

**Schöffe Maurice BAUER:** Rat Weidig hat die Sensibilisierungskampagne der Vereinigung CID-Femmes im Kampf gegen Stereotypen angesprochen. Mir ist es wichtig, erneut darauf hinzuweisen, dass die große Mehrheit im Gemeinderat das Projekt begrüßt und auch weiterhin unterstützen wird.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich möchte nicht schließen, ohne dem neuen Schulschöffen Paul Galles für die Präsentation der Schulorganisation und die ausführliche Stellungnahme zu den Beiträgen der Gemeinderatsmitglieder gedankt zu haben. Mein Dank geht auch an Schöffin Beissel sowie an die Schöffen Goldschmidt und Bauer für ihre Erklärungen. Herr Galles hat das Schulressort mit großem Engagement von Frau Colette Mart übernommen, die das Ressort in den vergangenen Jahren ebenfalls mit großem Engagement geleitet hat. Mein Dank geht auch an den Schuldienst, der sein Bestes gibt. Oft würden wir gerne noch mehr tun, doch sind die Kompetenzen der Gemeinden in diesem Bereich begrenzt. Im Rahmen unserer Zuständigkeiten geben wir unser Bestes, in bester Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal, dem Bildungsministerium und den Eltern.

*Die provisorische Schulorganisation 2024/2025 wird bei Enthaltung von Rätin Oberweis (déi Lénk) und mit der Gegenstimme von Rat Weidig (ADR) gutgeheißen.*

## Motionen

### 1) „Motion für eine effektive Verkehrsberuhigung vor den Schulen der Stadt Luxemburg“

Diese von *déi gréng* eingereichte Motion wurde in der Sitzung vom 10. Juni 2024 vorgestellt.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Schöffe Goldschmidt ist bereits auf die in dieser Motion enthaltenen Punkte eingegangen. Rat Benoy, möchten Sie dem etwas hinzufügen?

**Rat François BENOY (*déi gréng*):** Vorweg möchte ich Schöffe Goldschmidt für seine Stellungnahme danken. Ziel ist es, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Die Motion erkennt an, dass die Gegebenheiten nicht überall die gleichen sind und dass die zu ergreifenden Maßnahmen daher an die jeweilige Situation anzupassen sind. Es wird keineswegs gefordert, dass alles innerhalb von sechs Monaten umgesetzt sein muss. Wir fordern, dass sich innerhalb von sechs Monaten mit dem Thema befasst wird und dass Schule für Schule Maßnahmen vorgeschlagen werden. Es geht darum, die verfügbaren Mittel zu nutzen, um Verbesserungen herbeizuführen. Wenn Autofahrer die Fünf-Meter-Regelung missachten, könnte die Installation von Pollern helfen. Es wäre zu begrüßen, wenn auch in der Avenue Gaston Diderich eine Tempo-30-Zone eingeführt werden könnte, auch wenn ich gerne anerkenne, dass dort bereits vor Jahrzehnten bessere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingeführt wurden als in der Rue de Merl, die erst vor Kurzem neugestaltet wurde. Ich würde es begrüßen, wenn die von uns eingebrachte Motion zur vertiefenden Diskussion an die zuständige Kommission weitergeleitet werden könnte und wir uns damit befassen könnten, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen sich je nach Situation vor Schulen umsetzen ließen.

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Ich schlage vor, die Motion an die zuständige beratende Kommission zu verweisen.

Die Motion wird an die zuständige beratende Kommission verwiesen.

### 2) „Motion für die Erlangung von Daten über die Unterrichtsleistung der Grundschulen in der Stadt Luxemburg“

Diese von *déi gréng* eingereichte Motion wurde in der Sitzung vom 10. Juni 2024 vorgestellt.

**Schöffe Paul GALLES:** Aus meiner Sicht sollte es nicht nur um das Thema „épreuves standardisées“ gehen, weshalb ich eine andere Herangehensweise vorziehen würde. Sollten *déi gréng* auf einer Abstimmung in der heutigen Sitzung bestehen, werde ich dem Gemeinderat vorschlagen, die Motion zu verwerfen. Mein Vorschlag, das Thema in der Schulkommission zu vertiefen, könnte *déi gréng* demnach dazu bewegen, ihre Motion zurückzuziehen.

**Rätin Christa BRÖMMEL (*déi gréng*):** Vorweg möchte ich Schöffe Galles dafür danken, dass er viele der in den Erwägungsgründen angeführten Punkte aufgegriffen hat, er die Grundüberlegung teilt und eine Diskussion in der Schulkommission führen will. Dies ist auch der Grund, weshalb wir Schöffe Galles einen Vertrauensvorschuss gegeben haben. *déi gréng* möchten die Motion nicht zurückziehen. Die Schulkommission sollte damit befasst werden. Ich bin durchaus damit einverstanden, dass nicht nur die „épreuves standardisées“ Thema sein sollten. In meinen Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, dass es noch andere Orientierungshilfen gibt. In der Motion wird auf die Studie „Orientations pour une

réduction de l'impact des inégalités d'ordre social dans le système éducatif“ („Leitlinien zur Verringerung der Auswirkungen von sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem“) der Nationalen Beobachtungsstelle für Kinder, Jugend und Schulqualität hingewiesen. Ich würde es begrüßen, wenn wir die qualitativen und quantitativen Analysen in der Schulkommission diskutieren könnten, wie ich es bereits mehrfach gefordert hatte.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Es sei daran erinnert, dass die Zusammensetzung der Schulkommission eine andere ist wie die der beratenden Kommissionen. Selbstverständlich kann sich die Schulkommission mit dem Thema befassen, doch liegt es nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde, die Schulkommission damit zu befassen.

**Schöffe Paul GALLES:** Die Frage ist, ob die Schulkommission befähigt ist, über eingereichte Motionen abzustimmen.

Die in der Motion vorgebrachten Anliegen sind wichtig. Mich stört jedoch, dass die Motion sich vor allem auf die „épreuves standardisées“ bezieht und die Absicht darin bestünde, die Schulen miteinander zu vergleichen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Eine Motion kann Gegenstand einer Diskussion in der Schulkommission sein. Auf diese Weise Vergleiche zwischen Schulen anzustellen, ist nicht der Weg, den wir gehen wollen. Da *déi gréng* ihre Motion nicht zurückziehen wollen, schlage ich vor, sie zur Abstimmung zu stellen.

Die Motion wird mit den Stimmen der Vertreter von DP und CSV sowie von Rat Weidig (ADR) verworfen. Die Vertreter von *déi gréng*, LSAP und *déi Lénk* unterstützen die Motion.

### 3) „Motion zur Verbesserung des Arbeitsumfelds und der Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und den städtischen Diensten in den Vierteln der Stadt Luxemburg“

Diese von *déi Lénk* eingereichte Motion wurde in der Sitzung vom 10. Juni 2024 vorgestellt.

**Schöffe Paul GALLES:** Das Anliegen ist nachvollziehbar, doch nicht umsetzbar, da es nicht in unserer Verfügungsgewalt liegt. Als Gemeinde können wir nur Dinge aufgreifen, die uns von den Schulen mitgeteilt werden. Die uns in der Schulkommission mitgeteilten Anliegen sprengen den Rahmen der Schulentwicklungspläne. Farbige Druckerpatronen sind nicht inhaltlicher Bestandteil eines Schulentwicklungsplans – womit nicht zu beanstanden ist, dass die Gelegenheit genutzt wird, um das Anliegen vorzubringen. Als Gemeinde sind uns die Hände gebunden, um auf den in der Motion vorgeschlagenen Weg zu gehen. Dies verhindert nicht, dass wir die Anliegen ernst nehmen und uns in der Schulkommission damit befassen.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (*déi Lénk*):** Ich erkenne an, dass Schöffe Galles auf das Anliegen eingegangen ist und das Problem zur Kenntnis nimmt, doch meine ich, dass es zu einfach ist, zu sagen, dass es nicht umsetzbar sei, weil es nicht in unseren Zuständigkeitsbereich falle. Es liegt eine Liste mit konkreten Anliegen vor, die immer wieder angesprochen werden, wie z.B. die Kommunikationsmittel zwischen Schule und Schulfoyer usw. Selbst wenn diese Anliegen die Kompetenzen der Stadt überschreiten, so stehen Sie doch Tag für Tag mit diesen Leuten in Kontakt. Es sollte demnach möglich sein, sich der Liste anzunehmen und zu prüfen, wo geholfen werden kann, dies zu begleiten und zu gegebenem Zeitpunkt eine Bilanz zu ziehen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Sie werden im kommenden Jahr feststellen können, dass die Stadt im Rahmen ihrer Kompetenzen vieles getan haben wird. Ich habe vollstes Vertrauen in Schöffe Galles, dass er sich voll und ganz dafür einsetzen wird.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** In der Motion wird in der Tat vieles gefordert und ich gebe gerne zu, dass es für unsere Dienststellen keine einfache Arbeit ist, uns dies alles zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich habe ich Verständnis für die Vorgehensweise, denn ohne faktenbasierte Informationen gibt es kein Vorankommen. Im Kontext einer gewissen Transparenz ist es angebracht, diese Informationen zusammenzutragen, sie gestaffelt zu analysieren und nach Lösungen zu suchen, wobei man durchaus auch zur Schlussfolgerung gelangen kann, dass hier oder da keine Lösung gefunden werden kann bzw. es die Kompetenzen der Stadt Luxemburg überschreitet. *déi gréng* werden die vorliegende Motion unterstützen.

*Die Motion wird mit den Gegenstimmen von DP, CSV und ADR sowie bei Enthaltung der LSAP-Vertreter verworfen. Die Vertreter von déi Lénk und déi gréng unterstützen die Motion.*

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Schöffe Galles teilt mir soeben mit, dass ihm nun die Antwort bezüglich der Öffnungszeiten des Schulhofs Rue Demy Schlechter vorliegt.

**Schöffe Paul GALLES:** Die zuständige Dienststelle hat mir mitgeteilt, dass ein Zugang zum Schulhof in der Rue Demy Schlechter aufgrund von Sicherheitsbedenken zurzeit nur für die Kinder der Schule und des Schulfoyers Rue Demy Schlechter möglich sei.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** In meinen Ausführungen war ich bereits auf die Sicherheitsgründe zu sprechen gekommen. Ein Gerichtsverfahren ist anhängig.

### III. VERKEHR

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Eine der Verkehrsregelungen sieht ein Parkverbot auf einem kleinen Platz in der Rue Saint Mathieu (zwischen der Alzette und dem Val des Bons Malades) vor. Ist eine Neugestaltung dieses Platzes vorgesehen?

Ein weiteres Reglement betrifft die Rue Dicks, wo Motorradparkplätze installiert werden. Wird dies dazu führen, dass Autostellplätze im Bereich der Kirche verschwinden? Diese Parkplätze sind wichtig, um älteren oder gehbehinderten Menschen den Zugang zur Kirche zu gewährleisten. Im Bereich des Boulevard Joseph II sind Arbeiten vorgesehen. Angaben dazu, wie lange die Arbeiten dauern werden, fehlen. Riskiert es nicht zu Verkehrsbehinderungen zu kommen, wenn die Arbeiten bis zur „Schueberfouer“ noch nicht abgeschlossen wären?

**Rat Gabriel BOISANTE (LSAP):** Wie üblich werden wir uns bei jenen Verkehrsmaßnahmen, wo Bürgersteige während Bauarbeiten nicht für Fußgänger zugänglich sind, enthalten.

Es werden viele neue Parkscheinautomaten installiert. Wird die Stadt Luxemburg verstärkt auf den Weg gehen, dass das Parken digital bezahlt werden kann? In der Generalversammlung des Geschäftsverbands der Stadt Luxemburg (UCVL) wurde eine Frage über die Polizei-Stellplätze in der Rue du Fossé gestellt. Die Markierung befindet sich in zwei Metern Entfernung zu den Häuserfassaden, wodurch die Rue du Fossé enger wird. Gibt es Vorgaben seitens der Polizei, diese Parkplätze so zu markieren?

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Werden Parkplätze verschwinden? Werden zusätzliche Parkplätze geschaffen?

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Ich nehme zur Kenntnis, dass die LSAP-Fraktion nach wie vor nicht gewillt ist, alle Verkehrsmaßnahmen mitzutragen. Rat Boisante sollte sich im Ausland erkundigen, wie die Baustellen dort verwaltet werden und welche Wege Fußgänger dort nehmen müssen. Er wird dann feststellen, dass unsere Dienststellen hervorragende Arbeit leisten, um zu gewährleisten, dass Fußgänger im Bereich von Baustellen sicher von A nach B gelangen können.

Bezüglich der Parkplätze für die Ordnungskräfte in der Rue du Fossé haben wir uns das Anliegen, dass der Weg entlang der Häuserfassaden für die Fußgänger sicher sein sollte, zu Herzen genommen und einen Abstand von zwei Metern zu den Fassaden vorgesehen, damit auch Personen mit Kinderwagen genügend Platz haben. Fakt ist, dass nach wie vor viele Autofahrer ohne Berechtigung in der Rue du Fossé unterwegs sind, weshalb unsere Verkehrsdienststelle die genannten Parkplätze so markiert hat. Dies führt zu einer Verengung der Straße und trägt dazu bei, dass die Autofahrer langsamer fahren.

Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten im Bereich des Boulevard Joseph II werden wir dafür Sorge tragen, dass diese den Verkehr während der „Schueberfouer“ nicht behindern. Die Parkplätze für Motorräder sind bereits materialisiert und müssen nun noch korrekt in unsere Verkehrsregelung eingeschrieben werden. Zusätzliche Stellplätze für Motorräder machen Sinn, da vor allem im Sommer immer mehr Menschen das Motorrad benutzen, um weniger lange im Stau zu stehen.

Im Stadtzentrum und in Geschäftsstraßen wird die eine oder andere Parkuhr bzw. der eine oder andere Parkscheinautomat, der nur mit Münzen funktioniert, durch einen Automaten ersetzt, der Kreditkarten akzeptiert. Es ist jedoch nicht vorgesehen, die Parkscheinautomaten in allen Stadtvierteln zu ersetzen. Vielerorts lassen sich die Parkgebühren auch bequem online mit dem Handy bezahlen.

Das Parkhaus Knuedler wurde ausgebaut. Die Besucher können mit allen Verkehrsmitteln in die Stadt kommen: zu Fuß, mit dem Rad, dem Motorrad, dem öffentlichen Transport oder dem Auto. In der Oberstadt und auch in den anderen Stadtteilen stehen genügend Parkplätze zur Verfügung.

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Kann Schöffe Goldschmidt mir bitte noch sagen, ob der kleine Platz im Bereich der Rue Saint Mathieu umgestaltet werden soll?

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Ich werde mich bei der Dienststelle erkundigen und Rat Philippart die gewünschten Informationen mitteilen.

*Mehrere temporäre Verkehrsreglements, in deren Rahmen Bürgersteige während Bauarbeiten zeitweilig gesperrt werden, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären Maßnahmen und definitiven Änderungen an der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.*

### IV. KONVENTION

Die Stadt erwirbt von der Gesellschaft „Immobil Real Estate Fund SCS, SICAV RAIF“, nachfolgend „Grundeigentümer“ genannt, und der Gesellschaft „Nennig Development s.à r.l.“

im Folgenden „Bauträger“ genannt, ein Immobilienprojekt im zukünftigen Fertigstellungszustand (VEFA) mit dem Namen „River Place“, bestehend aus vier bebaubaren Parzellen (Fläche: 1,89 Ar, 2,76 Ar, 25,39 Ar bzw. 15,38 Ar) gelegen im PAPANQ „Rue Nennig“ in Dommeldingen und den darin vorgesehenen Gebäuden im Zustand der zukünftigen Fertigstellung.

Die vorliegende Konvention folgt dem Beschluss des Gemeinderates vom 25. März 2024, dem diesbezüglichen Reservierungsvertrag zwischen der Stadt Luxemburg, der Gesellschaft „Immo Real Estate Fund SCS, SICAV RAIF“ und der Gesellschaft „Nennig Development s.à r.l.“ zuzustimmen, der im Rahmen der Ausschreibungen für den Bau von Wohnungen im zukünftigen Fertigstellungszustand geschlossen worden war.

Gesamtpreis: 62.066.079,07 €. Der Erwerb geht zu Lasten von Artikel 4/120.08/221100 99001 des außerordentlichen Haushalts des Haushaltsjahres 2024 für den Grundstücksanteil in Höhe von 25.548.840€ und zu Lasten von Artikel 4/120.08/221100 99002 des Haushalts 2024 und der folgenden Haushaltsjahre für den Bauanteil in Höhe von 36.517.239,07 €. Ein zusätzlicher Kredit in Höhe von 25.549.000 € ist vom Gemeinderat zu beschließen.

Zweck: Umsetzung des Flächennutzungsplans sowie Bau und Vermarktung von preisgünstigen Wohnungen vor dem Hintergrund der Wohnungsknappheit.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** In der Sitzung vom 25. März 2024 hatte der Gemeinderat bereits eine Grundsatzentscheidung getroffen. Unser erstes Immobilienprojekt für Wohnungen im zukünftigen Fertigstellungszustand (VEFA) muss nun noch notariell beurkundet werden.

**Rat Bob BIVER (CSV):** Unsere Fraktion begrüßt das proaktive Handeln des Schöffenrates auf dem Immobilienmarkt, womit umgesetzt wird, was im Koalitionsabkommen eingeschrieben steht. Die Stadt Luxemburg erwirbt ein Gebäude mit gemischter Nutzung mit 25 Apartments. Fläche: 2.200 Quadratmeter. Bei 5 dieser Apartments handelt es sich um „logements à coût modéré“ (600 Quadratmeter). Bei 4 anderen Apartments handelt es sich um Wohnungen mit jeweils 8 Zimmern, die von Wohngemeinschaften belegt werden.

Viele der Apartments sind groß. Auf dem Wohnungsmarkt ist jedoch auch die Nachfrage nach kleineren Apartments groß. Es sind vor allem Studenten, junge Menschen, die auf den Arbeitsmarkt kommen, die nach kleineren Apartments suchen. Gedenkt die Stadt Luxemburg künftig VEFA-Projekte mit kleineren Wohnungen ins Auge zu fassen, bzw. selbst Projekte mit kleineren Wohnungen zu planen?

Die Finanzkommission hat das Projekt mit einer Enthaltung positiv begutachtet. Unsere Fraktion ermutigt den Schöffenrat, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und weitere VEFA-Projekte zu erwerben.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Wie viele Geschäftslokale sind im Gebäude vorgesehen? Werden alle Wohnungen vermietet? Wird die Stadt Luxemburg einen Antrag auf staatliche finanzielle Unterstützung für die preisgünstigen Wohnungen („logements à coût modéré“) stellen? Wie viele Apartments werden für Wohngemeinschaften zur Verfügung stehen?

**Rat François BENOY (déi gréng):** Ich werde meine Ausführungen vom 25. März nicht wiederholen. Ganz allgemein ist die Initiative der Stadt Luxemburg zu begrüßen und wir wünschen uns, dass die erworbenen Wohnungen in öffentlicher Hand bleiben, sprich zur Miete angeboten werden.

In der Sitzung vom 25. März lagen uns noch nicht alle Informationen vor. Werden staatliche Zuschüsse beantragt? Die Einzelheiten in Bezug auf die Größe der Wohnungen lagen damals ebenfalls noch nicht vor.

Verschiedene Apartments sind für Wohngemeinschaften bestimmt (mehr als 80 Zimmer). Grundsätzlich ist dies zu begrüßen, doch ist es wichtig, dass das Zusammenleben und die Verwaltung dieser Wohnungen gut organisiert wird. In der Sitzung vom 25. März gab es noch keine Informationen in Bezug auf ein Konzept. Im Zusammenhang mit dem Wohnungspakt 2.0 wurde seitens des Schöffenrates stets angeführt, wie kompliziert das alles werde. Bereits damals haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich gut aufzustellen, um die sich bietende Chance nutzen zu können.

Im Gebäude sind auch Räumlichkeiten für Geschäftslokale, liberale Berufe und Gemeinschaftsräume vorgesehen. Dies ist zu begrüßen, doch besteht auch ein diesbezügliches Konzept?

**Schöffe Laurent MOSAR:** Ich nutze die Gelegenheit, um mich bei unseren Dienststellen zu bedanken, zum einen für die wertvolle Arbeit, die im Vorfeld geleistet wurde (Ausschreibung, Ausarbeitung der Bedingungen, die auch vom Staat übernommen wurden), zum anderen für die im Rahmen der Verhandlungen geleistete Arbeit.

Im initialen Wohnungsbaupakt 2.0 sind keine Wohngemeinschaften vorgesehen. Die Diskussionen mit dem zuständigen Ministerium sind noch nicht abgeschlossen. Ohne Anpassung der im Wohnungspakt 2.0 enthaltenen Bedingungen wird eine staatliche finanzielle Bezuschussung (75% der Kosten) nicht möglich sein.

Das VEFA-Projekt umfasst 25 traditionelle Apartments (14 Wohnungen mit jeweils 3 Schlafzimmern, eine Wohnung mit 2 Schlafzimmern, 10 Wohnungen mit einem Schlafzimmer) (insgesamt 1.400 Quadratmeter Nutzfläche). Daneben 10 Co-Living-Einheiten mit insgesamt 92 Zimmern (2.774 Quadratmeter Nutzfläche). Im Gebäude sind Räumlichkeiten für zwei Geschäfte vorgesehen. Alle Wohnungen werden zur Miete angeboten.

Wir werden Schritt für Schritt vorgehen. Bis die Wohnungen gebaut sind, werden zwei bis drei Jahre vergehen. Zu gegebenem Zeitpunkt wird der Schöffenrat ein konkretes Verwaltungskonzept für das Gebäude vorlegen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wie Schöffe Mosar soeben erklärt hat, wird die Stadt Luxemburg keine finanzielle Bezuschussung anfordern können, weil Co-Living-Wohnungen nicht im Wohnungspakt 2.0 vorgesehen sind. Die Gespräche mit dem zuständigen Minister laufen. Auf die Frage, ob eine finanzielle Bezuschussung möglich ist, wenn es in einem Wohngebäude sowohl traditionelle Wohnungen als auch Wohngemeinschaften gibt, haben wir noch keine klare Antwort seitens des Ministeriums erhalten. Die Stadt Luxemburg verfügt über die nötigen finanziellen Mittel, so dass einem Bau der Wohnungen nichts mehr im Wege steht. Wichtig ist, dass nun so schnell wie möglich gebaut wird. Auf die übrigen Punkte werden wir zu gegebenem Zeitpunkt zurückkommen. Alle Wohnungen werden zur Miete angeboten. Priorität werden jene Kandidaten genießen, die ihren Arbeitsplatz auf dem Gebiet der Hauptstadt haben.

*Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.*

#### V. „MOTION FÜR DEN ERWERB UND DIE NUTZUNG VON CHIP-LESEGERÄTEN ZUR IDENTIFIZIERUNG VON KATZEN UND HUNDEN, DIE VON MITARBEITERN DER STADT LUXEMBURG AUFGEFUNDEN WURDEN“

*Diese Motion wurde von der Piraten-Fraktion eingereicht.*



**Rat Pascal CLEMENT (Piraten):** Im Laufe der Jahre haben die Haustiere im Leben unserer Bürger einen immer wichtigeren Stellenwert eingenommen. Haustiere werden immer öfter als Familienmitglieder gesehen. Entsprechend groß sind die Emotionen, wenn das geliebte Tier vermisst wird. In der Ausgabe des „Luxemburger Wort“ vom 28. Mai 2024 war zu lesen, dass Hunde- und Katzenbesitzer ihr vermisstes Tier oft wochenlang suchen. Leider werden sie nur selten informiert, wenn ihr Tier leblos gefunden wurde. Tierkadaver werden oft als Abfall angesehen und mit dem Hausmüll entsorgt.

Seit Dezember 2018 müssen alle Katzen und Hunde gechipt sein. Zu diesem Zweck wird ein millimetergroßer Transponder unter die Haut des Tieres gestochen. Eine fünfzehnstellige Nummer, die auf dem Chip gespeichert ist, erlaubt es das Tier über die Datenbank „ID-Chips“ zu identifizieren. Hier sind Tiere aus Luxemburg und Belgien registriert. Hinterlässt der Tierbesitzer seinen Namen und seine Telefonnummer, wird er beim Auffinden seines vermissten Tieres informiert. Ein Chip-Lesegerät kostet um die 50 €.

Auf Nachfrage des LW-Journalisten hat die Stadt Luxemburg bestätigt, dass keine Chip-Lesegeräte zum Einsatz kommen. Sie verwies auf die Polizei, die Tierärzte oder das Tiersyl. In unserer Motion wird die Stadt Luxemburg aufgerufen, ein oder mehrere Chip-Lesegeräte zu kaufen und ein angemessenes Verfahren auf die Beine zu stellen, um die Tierbesitzer zu informieren, wenn ihr vermisstes Tier gefunden wird.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir sind uns alle einig, dass Hunde- und Katzenbesitzer sich freuen, wenn ihnen mitgeteilt wird, dass ihr vermisstes Tier gefunden wurde. Wurde es lebend gefunden, wird es meistens ins Tiersyl gebracht, wo dank des Chip-Lesegeräts Kontakt zum Besitzer aufgenommen werden kann.

Die Motion befasst sich mit dem Fall, wenn das Haustier tot aufgefunden wird. Es stimmt, dass die Stadt Luxemburg derzeit nicht über Chip-Lesegeräte verfügt. Wir sind gerne bereit, solche Geräte zu kaufen, um den Besitzer im Falle eines tot aufgefundenen Tieres informieren zu können. Fakt ist jedoch, dass nicht alle Katzen und Hunde einen Chip haben. 95% der auf dem Gebiet der Hauptstadt gemeldeten Hunde und 50% der Katzen haben einen solchen Chip.

Eine Antwort auf die Frage, wie die Stadt Luxemburg auf der sanitären Ebene handeln darf oder kann, konnten wir innerhalb der kurzen Zeit, die uns seit dem Eingehen der Motion zur Verfügung stand, noch nicht geben, weshalb ich vorschlage, dass wir die „Commission du règlement“ damit befassen. Wenn dem Hygienedienst ein tot aufgefundener Hund oder eine tot aufgefundene Katze gemeldet wird, stellt sich die Frage, ob unsere Dienststelle das tote Tier mitnehmen darf, und unter welchen sanitären Bedingungen der Tierkadaver vorübergehend aufzubewahren ist, bevor er, wie es das Gesetz vorsieht, im „Schwunnendall“ verbrannt wird. Diese Frage muss sachlich beantwortet werden. Für die von Rat Clement eingereichte Motion haben wir volles Verständnis und wollen auch in diesem Sinne weiterarbeiten.

#### Motion

« Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg

Considérant que :

- Les animaux de compagnie sont devenus au fil des années de plus en plus importants pour nos citoyens et sont souvent considérés comme membre de famille.
- Comme relaté dans un article du « Luxemburger Wort » du 28-5-2024, les propriétaires de chiens et de chats recherchent souvent leur animal disparu pendant des

semaines et que rares sont les cas où ils sont informés que leur animal a été retrouvé mort.

- Le même article précise que les carcasses d'animaux sont souvent considérées comme des déchets et simplement jetées avec les ordures ménagères.

Précisant que :

Depuis décembre 2018, tous les chats et chiens doivent être munis d'un chip d'identification. A cet effet un transpondeur de quelques millimètres seulement est placé sous la peau des chiots ou des chatons. Un numéro d'identification à 15 chiffres, stocké sur ce transpondeur, permet d'identifier l'animal via la base de données « ID Chips », qui enregistre les animaux de compagnie au Luxembourg et en Belgique. Si les propriétaires l'ont accepté, ils peuvent également y être consultés avec leurs noms et numéros de téléphone. Un lecteur permettant de lire le chip d'identification coûte autour de 50 euros.

Constatant que :

- Peu de communes prennent la peine de lire la puce, surtout dans le cas de chiens et de chats qui sont victimes d'un accident routier et qui restent morts sur le bord de la route.
- Sur demande du journaliste du « Luxemburger Wort », la Ville de Luxembourg a confirmé que des appareils de lecture n'y seraient pas utilisés et a référé à la police, aux vétérinaires ou à l'asile pour animaux.

Demande au Collège échevinal :

- d'acquérir un ou plusieurs appareils de lecture et de mettre en place une procédure adéquate d'information des propriétaires. »

Die Motion wird an die „Commission du règlement“ verwiesen.

## VI. GERICHTSANGELEGENHEITEN

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Ich bedanke mich beim juristischen Dienst der Stadt Luxemburg, der mich auf meine Nachfrage hin gewissenhaft über die beiden Dossiers (CFL, Administration des ponts et chaussées) informiert hat. Ich würde es begrüßen, wenn in beiden Angelegenheiten eine Einigung gefunden werden könnte. Darüber hinaus gilt es zusammen mit dem Staat eine Lösung in Bezug auf die Berechnung von versiegelten Flächen und die Zuteilung von staatlichen Subsidien bei kommunalen Infrastrukturen zu finden.

Wäre es möglich, zusätzliche Informationen in Bezug auf den Mietzahlungsrückstand eines Bewohners des Foyers „Obenthalt“ zu erhalten? Wurde mit dem Träger „InterActions“ Rücksprache gehalten? Wie ist der Ablauf des Verfahrens im Falle eines konventionierten Trägers? Das Recht der Stadt Luxemburg, die ihr geschuldeten Mietgelder gerichtlich einzufordern, will ich keineswegs in Frage stellen, doch möchte ich wissen, welche Maßnahmen im Vorfeld ergriffen werden, um zu verhindern, dass es zu Klagen gegen verletzte Personen und letztendlich zu deren Unterbringung in einem Foyer kommt.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Welche Gründe haben dazu geführt, dass die betroffene Person im Zahlungsrückstand ist?

**Schöffe Maurice BAUER:** Informationen über das vorliegende Dossier habe ich nicht, doch kann ich erklären, wie in solchen Fällen allgemein vorgegangen wird. Die Mieter stehen unter der Aufsicht des Trägers. Der Träger begleitet seine Klienten während ihres Aufenthalts im Foyer. Viele dieser Klienten mögen sich in einem Foyer wiederfinden, weil sie es nicht schaffen, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Der Träger hilft ihnen bei der Verwaltung der Finanzen, hält sie dazu an, Geld zu sparen und sie auf ein Leben nach ihrem Aufenthalt im Foyer vorzubereiten. Wenn ein Bewohner seine Miete nicht bezahlt, findet eine Unterredung mit unserem „Service Logement“, der Sozialschöffin, dem Sozialamt und der Gemeindeeinnahmerin statt, um zu prüfen, wie ein „plan de relance“ erarbeitet werden oder wie die Zahlung gestaffelt erfolgen kann, dies stets unter Berücksichtigung der Situation der betroffenen Person. Sollte sich in der Folge herausstellen, dass die Person nicht bereit ist, zu zahlen, bleibt uns nur übrig, den Weg der gerichtlichen Einforderung des geschuldeten Geldes zu gehen – wissend, dass die Gemeindeeinnahmerin für die Eintreibung der geschuldeten Gelder verantwortlich zeichnet. Wenn der Bewohner seine Miete während des anhängenden Gerichtsverfahrens zahlt, stoppt die Stadt das Verfahren.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die Stadt Luxemburg hat im Jahr 2011 ein Reglement über die Erhebung einer Bodenversiegelungstaxe gutgeheißen. Die hierüber eingenommenen Gelder helfen, die kommunalen Kanalisationskosten zu decken. Nicht alle der Stadt Luxemburg vom Staat und den CFL geschuldeten Bodenversiegelungsgebühren wurden gezahlt. Mitte 2023 hat sich die Regierung dann bereit erklärt, der Stadt Luxemburg die rund 7,7 Millionen Euro zu zahlen. Diese Gelder hat die Stadt Luxemburg bisher noch nicht erhalten. Der einzureichenden Klage sind viele Diskussionen mit der vorangehenden Regierung vorausgegangen. Im vorliegenden Dossier geht es nun darum, die geschuldeten Gelder vor Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist einzufordern. Wie eine Lösung für die Zukunft aussehen könnte, bleibt zu verhandeln.

Befindet sich jemand in einer Notlage und ist nicht in der Lage, die geschuldeten Gelder zu zahlen, wird stets nach einer Lösung gesucht. Stellt sich jedoch heraus, dass keine Notlage vorliegt und sich jemand einfach weigert, zu zahlen, während alle anderen pflichtbewusst zahlen, muss für Gerechtigkeit gesorgt werden.

*Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.*

## VII. AUSSERORDENTLICHE SUBSIDIEN

**Rätin Claudie REYLAND (déi gréng):** Das von der Vereinigung „Theater Federatioun“ organisierte Theaterfest wird am 20. September 2024 stattfinden. Die Stände werden den 22 Mitgliedern der Föderation (Theater der Stadt Luxemburg, private Theatergruppen und öffentliche Einrichtungen), die auf dem Territorium der Stadt Luxemburg tätig sind, unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Das Theaterfest erlaubt es, die Türen der Theater für die breite Öffentlichkeit zu öffnen und die Hemmungen, die viele Leute nach wie vor haben, ein Theater zu besuchen, überwinden zu helfen. Das Theaterfest findet in der Oberstadt statt. Daher die Überlegung, das Theater auch in die anderen

Stadtteile zu tragen und den Menschen Theater so noch näher zu bringen, wobei sich dies nicht nur auf den Tag des Theaterfestes beschränken sollte.

Die Stadt Luxemburg gewährt der Vereinigung „Theater Federatioun“ seit 2012 jährlich Subsidien in Höhe von 7.500 €. Der Betrag wird nun auf 9.000 € erhöht, eine Maßnahme, die wir gerne unterstützen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die Entscheidung, Theateraufführungen anlässlich des Theaterfestes auch in anderen Stadtteilen anzubieten, liegt nicht bei der Stadt Luxemburg, sondern bei der „Theater Federatioun“. Wenn ich mich recht erinnere, hat es auch bereits eine Theateraufführung am Standort Neumünster in Stadtgrund gegeben. Sollte es zu einer Ausweitung von Theateraufführungen in andere Stadtteile kommen und die Kosten dadurch steigen, werden wir einer Anfrage nach einem höheren finanziellen Beitrag gerne nachkommen.

**Rat Gabriel BOISANTE (LSAP):** Selbstverständlich begrüßt auch unsere Fraktion die finanzielle Unterstützung der Stadt Luxemburg für das Theaterfest.

In diesem Jahr vertritt der Künstler Michel Medinger unser Land bei den „Rencontres d'Arles“. Auf Initiative der Stadt Luxemburg sind seine Fotos auch im Park Merl zu sehen. Würde es nicht Sinn machen, dienststellenintern spezifische Kommunikationssynergien zu entwickeln, um das Theaterfest draußen noch bekannter zu machen? Die Anregung von Rätin Reyland, die Theateraufführungen auch auf andere Stadtteile auszudehnen, können wir nur unterstützen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Nicht die Stadt Luxemburg, sondern die Vereinigung „Theater Federatioun“ organisiert das Theaterfest. Die Stadt unterstützt dieses wichtige Event gerne. Unser *Service Communication et Relations publiques* trägt sicherlich dafür Sorge, dass das Theaterfest in unserem Newsletter und auf unserer Website angekündigt wird. Gerne können wir auch in unserer Zeitschrift „City“ darauf eingehen. Persönliche Kreativität verdient Unterstützung, so dass wir Initiativen wie das Theaterfest gerne unterstützen.

*Der Vereinigung „Theater Federatioun“ werden einstimmig Subsidien in Höhe von 9.000 € gewährt.*

## VIII. SCHAFFUNG / STREICHUNG VON POSTEN

### A) Schaffung von Posten

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Schaffung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen: *Service Architecte-Maintenance* (8 Posten), *Service Eaux* (2 Posten), *Service Eclairage public* (1 Posten), *Service Logement* (1 Posten), *Service Voirie* (4 Posten).

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** In der Dienststelle „Architecte-Maintenance“ sollen eine Reihe von Posten in der Funktion des „Hauswart“ geschaffen werden. In den Unterlagen lesen wir, dass diese Posten geschaffen werden sollen, „um den erhöhten Bedarf an Belegungsstunden aufgrund der erhöhten Nutzung durch die Bürger zu decken“. Die Präsenz eines Hauswarts ist wichtig. Hat jedes unserer Gebäude einen Hauswart? Was ist der Unterschied zwischen Hauswart und Hausmeister?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Auf der Grundlage der Dokumente könnte man in der Tat annehmen, dass neue Hauswart-Posten geschaffen werden. Tatsächlich verhält es

sich jedoch so, dass mehrere Posten umbenannt und umgewandelt werden.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Dann müssten doch als Ausgleich Posten in der Rubrik „Streichung von Posten“ gestrichen werden.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Es handelt sich um Änderungen, die im Interesse der betroffenen Personen erfolgen.

**Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk):** Wenn unter der Rubrik „Schaffung von Posten“ die neuen Laufbahnen beschrieben werden, müssten folglich unter der Rubrik „Streichung von Posten“ die bisherigen Posten abgeschafft werden.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Richtig.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** In den Unterlagen lesen wir, dass die Schaffung der Posten, ich zitiere, „suite à l'augmentation de l'utilisation par les citoyens“ erfolge.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich wäre bereit, diesen Punkt auf die kommende Sitzung zu vertagen.

**Rat Claude RADOUX (DP):** Ich denke, dass die meisten von uns kein Problem damit haben, heute über diesen Punkt abzustimmen, und dass uns weitere Erklärungen nachgereicht werden.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Demnach stelle ich die in der Dienststelle „Architecte-Maintenance“ zu schaffenden Posten zur Abstimmung.

*Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung zur Schaffung der Posten in der Dienststelle „Architecte-Maintenance“.*

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Weitere Erklärungen werden dem Gemeinderat schriftlich nachgereicht.

*Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung für die übrigen zu schaffenden Posten.*

## **B) Streichung von Posten**

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Streichung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen: *Service Eaux* (1 Posten), *Service Eclairage public* (1 Posten), *Service Logement* (1 Posten).

*Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.*

## **In nichtöffentlicher Sitzung**

### **IX. BERATENDE KOMMISSIONEN: ERSETZUNG VON MITGLIEDERN**

### **X. ZIVILHOSPIZE: PERSONALANGELEGENHEITEN**

### **XI. PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG**